

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeb. vierteljährlich 14,00 Zl.
monatl. 4,80 Zl. In den Ausgabestellen monatl. 4,50 Zl. Bei
Postbezug vierteljährl. 16,18 Zl., monatl. 5,39 Zl. Unter Streifband in Polen monatl. 8 Zl.
Danzig 3 Gld. Deutschland 2,50 R.-M. — Einzelnummer 25 Gr., Dienstags- und
Sonntags-Nummer 30 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsförderung usw.) hat der Be-
zieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Territor Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einfältige Millimeterzeile 15 Groschen, die einspal-
tige Namenszeile 125 Groschen. Danzig 10 bzw. 80 Pf. Pf.
Deutschland 10 bzw. 70 Goldpf., übriges Ausland 100%. Aufschlag. — Bei Platz-
vorschicht und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abstellung von Anzeigen nur
schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Er scheinen der
Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postlesekonten: Breslau 202157. Danzig 2529. Stettin 1847.

Nr. 242.

Bromberg, Mittwoch den 21. Oktober 1931.

55. Jahrg.

Das Ende der Weltwirtschaft?

Von Dr. Carl von Syzka,
Professor an der Universität Hamburg.

Wette Kreise hat heute ein tiefgreifender Pessimismus
ersetzt. Sie sehen am Horizont schon die apokalyptischen
Meister der Not, des Hungers und des Krieges, die das Welt-
wirtschaftsgebäude und damit die gegenwärtige Wirtschafts-
ordnung des Kapitalismus, vielleicht sogar unsere ganze
abendländische Kultur zu vernichten drohen. Diese "Sint-
flutstimmung", der schon vor einem Jahrzehnt Oswald
Spengler in seinem "Untergang des Abendlandes" beredte
Worte geschildert hat, ist gerade heute sehr begreiflich. Denn
wohin unser Auge auch blickt, sieht es auf den ersten Blick
doch nichts anderes als wirtschaftliche Stockung, allmählichen
Zerschlag. Und als Rettung aus diesem Chaos glauben die
einzelnen Volkswirtschaften der Welt nichts besseres tun
zu können, als sich möglichst hermetisch voneinander ab-
schließen. So sind seit dem Kriege die Schutzwallmauern in
jedem Lande immer mehr und immer höher gewachsen. Bes-
onders die neu entstandenen Staaten konnten ihre Schutz-
wälle gegen die Einfuhr aus den Nachbarländern nicht hoch
genug errichten. Die Schweiz, ein Land, das auf den interna-
tionalen Verkehr wie kein anderes angewiesen ist, will
sich jetzt gegen die Einfuhr fremder Waren sperren, und
nun kommt sogar noch die Runde, daß das alte Freihandels-
land England, in dem der Freihandel durch seine beiden
großen Söhne Richard Cobden und John Bright geradezu
traditionell begründet ist, sich anschickt, endgültig zum Schutz-
zoll überzugehen.

Sind das nicht die ersten Zeichen eines kommenden
Endes der weltwirtschaftlichen Verflechtungen, des Aufkom-
mens eines Zeitalters, in dem die einzelnen Volkswirtschaften
immer mehr nur auf sich allein angewiesen sind und
des fruchtbringenden Welthandels entbehren müssen? —
Wenn man die leste Entwicklung des Außenhandels der
einzelnen Länder betrachtet, so konnte diese geeignete
solche Voraussetzung zu verstärken. Die Einfuhr wie die Aus-
fuhr sämtlicher am Welthandel beteiligten Länder ist im
letzten Jahr ganz außerordentlich zurückgegangen. So sank,
um nur einige Zahlen zu nennen, die Einfuhr Englands
um 25 v. H., seine Ausfuhr sogar um 37 v. H.; in Deutsch-
land dagegen umgekehrt die Einfuhr weit stärker (um 39
v. H.) als die Ausfuhr (26 v. H.). Die Niederlande haben
einen Rückgang der Einfuhr und Ausfuhr um je 28 v. H.
zu verzeichnen; Frankreichs Einfuhr ist um 15 v. H., Aus-
fuhr um 28 v. H. gefallen; in den Vereinigten Staaten von
Amerika ist die Einfuhr und Ausfuhr sogar um fast 40 v. H.
zurückgegangen.

Aber trotz alledem sind die Aussichten nicht so trübe, als
sie auf den ersten Blick erscheinen mögen. Betrachtet man
nicht nur die kurze Zeitspanne seit dem Kriege, sondern
längere Entwicklungsperioden, so ist man berechtigt, Hoff-
nung auf eine bessere Zukunft und ein Besteigen der welt-
wirtschaftlichen Beziehungen und Verflechtungen zu schöpfen.
Das Absinken der Außenhandelszahlen offenbart sich dann
lediglich als Folge der rückläufigen Weltkonjunktur, deren
Überwindung in absehbarer Zeit mit Sicherheit zu erwarten
ist. Wie eingehende Untersuchungen des Instituts für Kon-
junkturforschung über Struktur und Rhythmus der Welt-
wirtschaft gezeigt haben, lassen sich nämlich deutlich Perioden
der Expansion, der Ausdehnung, des Aufschwungs und der
Stagnation, des Stodens, des Niedergedrücktseins in der
Weltwirtschaft unterscheiden, — die sogenannten langen
Wellen der Weltwirtschaftskonjunktur, die von dem kurz-
zeitigen Auf und Ab der marktgebundenen Konjunktur
unterbrochen werden.

Die ersten, die Perioden der Expansion, sind gekenn-
zeichnet durch eine mehr oder weniger kräftige Aufwärts-
entwicklung. Die Menschheit ist optimistisch, unbegrenzte
Möglichkeiten erscheinen ihr in Wirtschaft und Technik ge-
geben. "Der Himmel hängt voller Geigen." Die Perioden
der Stagnation sind dagegen solche der Sammlung, der
inneren Einkehr, der sozialen Selbstkritik, der Reformen, der
fleißigen Kleinarbeit, die das Fundament der künftigen Auf-
wärtsbewegung werden, wenn auch die Gegenwart noch
recht trübe ist. In einer solchen Periode der Stagnation
scheinen wir uns jetzt — etwa seit 1920 — zu befinden, wäh-
rend die Zeit von 1895 bis 1920 eine Periode der Expansion
war, der von 1873 bis 1895 eine Periode der Stagnation voraus-
ging. Letztere aber wiederum war nur die Folge der außer-
ordentlichen Expansion der fünfziger und sechziger Jahre des
neunzehnten Jahrhunderts, die durch das Vordringen kapita-
listischen Geistes und die Industrialisierung Europas ge-
kennzeichnet waren.

Prüfen war nun weiter, ob denn die weltwirtschaftliche
Verflechtung, die sich ja in den Zahlen des Außenhandels
widerspiegelt, vom höheren Gesichtspunkt aus betrachtet,
wirklich zurückgegangen ist? — Auf den Kopf der Bevölke-
rung berechnet stellt sich der Außenhandelsumsatz in Deutsch-
land: 1872 auf 146 Mark, 1900 auf 184 Mark, 1913 auf 310
Mark, 1928 auf 418 Mark und 1930 (geschäfft) auf 395 Mark.
Und eine entsprechende Entwicklung zeigen auch die übrigen
in der Weltwirtschaft verschobenen Länder; z. B. England
1872: 264 Mark, 1900: 370, 1913: 627, 1928: 804 Mark. Auch
die Ausfuhrquote, gemessen am Volkseinkommen, läßt eine
Aufstiegstendenz erkennen, in der allerdings die Stagnation
seit 1920 deutlicher zutage tritt. Im Hundertstall des Volks-

einkommens betrug nämlich die Ausfuhr in Deutschland
1892: 12, 1900: 15, 1913: 20, 1928: 16 v. H.

Dass auch weiterhin — allen Konjunkturrückschlägen zum
Trotz — der Welt Handel zunehmen, die weltwirtschaftliche
Verflechtung sich vergrößern wird, dafür sorgen die Struk-
tur- und Intensitäts-Unterschiede der einzelnen Volkswirtschaften.
Abgesehen davon, daß die Naturgegebenheiten von
Land zu Land verschieden sind und einen natürlichen Aus-
tausch der Produkte erfordern, sind auch infolge ihrer ver-
schiedenen Struktur und Intensität die einzelnen Volkswirtschaften — trotz aller Absperrungstendenzen — aufeinander
angewiesen. Und je mehr die weltwirtschaftliche Verflechtung
künstlich gehemmt wird, desto stärker müssen die
Strukturgegensätze sich verschärfen und muß damit die Not-
wendigkeit weltwirtschaftlicher Arbeitsteilung zunehmen.
Die Einsicht, daß der Wohlstand des benachbarten Landes
die Quelle des Reichtums des eigenen ist, die gegenwärtig
durch die Not der Zeit gewissermaßen verdrängt ist, wird da-
durch gestärkt und muß sich immer mehr durchsetzen. Als
erstes, wenn auch nur schwächeres Anzeichen dafür können
wir die Bestrebungen Amerikas und seines Präsidenten, die
Reparationszahlungen, wenn auch nur vorübergehend aus-
zusehen, ansehen. Die Widerständigkeit der Tatsache, einem
Lande alle Lasten und Schulden der Welt aufzubürden, durch
hohe Zollmauern es aber zu verhindern, diese Schulden durch
Warenausfuhr zu begleichen, scheint jetzt den Völkern einzuleuchten.
Deshalb wollen wir trotz der Not der Zeit den
Mut nicht sinken lassen. Allzu großer Pessimismus läßt
und hemmt die Taikraft.

Vorsicht beim Photographieren!

Thorn, 20. Oktober. (Eigene Meldung.) Unter dem
Verdacht staatsfeindlicher Tätigkeit wurden in Thorn mehrere
Danziger Staatsbürger festgenommen: Direktor Erich Meyer, Dr. Walter August Kühn, Florian
Gutowski, alle drei wohnhaft in Thorn und Alois Günther, wohnhaft in Berlin-Steglitz. Die Verhaftung soll erfolgt sein, als die genannten Herren an einer im Bau
befindlichen Chemischen Fabrik photographische Auf-

nahmen gemacht haben. Die Verhafteten wurden der
Staatsanwaltschaft beim Bezirksgericht angeführt.

*

Polnischer Redakteur wegen „Verrats von Staatsgeheimnissen“ verhaftet.

Wie der "Dziennik Pomorski", das in Thorn erscheinende
Sanierungsorgan, meldet, wurde am 15. d. M. Herr Piasecki,
verantwortlicher Redakteur des "Slowo Pomorskie", und
gleichzeitig Leiter des "Lagers des Großen
Polen", wegen staatsfeindlicher Tätigkeit verhaftet. In
einer kürzlich im Kreise Briesen gehaltenen Rede soll er
gesagt haben, daß die Katastrophe des Staates un-
vermeidlich sei, daß sie früher oder später kommen, und
daß dann das Nationale Lager die Regie-
rung übernehmen werde. Der Verhaftete soll sich
derselben Quelle zufolge aus § 181 St.-G.-V. (Verächtlich-
machung von Staatsseinrichtungen), sowie wegen Vergehens
gegen den Artikel 1 der Verordnung des Präsidenten der
Republik über den Rat von Staatsgeheimnissen und
Vergehen gegen den Staat zu verantworten haben. Der
"Dziennik Pomorski" vergleicht die Tätigkeit des inhaftierten
Redakteurs gegen den Staat mit der Desertion vom
Schlachtfeld während des Krieges und meint, daß
seine leste Rede, über die das "Slowo Pomorskie" einen
eingehenden Bericht gebracht hatte, dem Rat von Staats-
geheimnissen an fremde Agenturen gleichgestellt sei.

Aufhebung der Einreisevisen?

Warschau, 19. Oktober. In Regierungskreisen wurde in
der letzten Zeit, wie der jüdische "Naš Przegląd" meldet, die
Frage der Aufhebung der Visavisa für die Einreise nach
Polen erwogen. Augenblicklich könne aus budgetären Rück-
sichten die Aufhebung der Visavisa nicht erfolgen, dies sei jedoch in einer nicht allzu fernen Zukunft zu er-
warten. In erster Linie würde die Aufhebung der Visen
die italienischen Staatsangehörigen betreffen, da Italien bereits die Visavisa für Polen aufgehoben hat.

Die Botschaft hört ich wohl; allein . . .

Aufgeregte Schuldebatte im Sejm.

Absägung politisch mißliebiger Lehrer-Spigel
in der Schule. — Unterrichts-Vizeminister Pieracki
bekommt eine schlechte Note.

(Von unserem ständigen Warschauer
Berichterstatter.)

In der am 16. d. M. abgehaltenen Plenarsitzung des
Sejm hatte die Aussprache über die Gesetzesnovelle bezüg-
lich der Lehrerqualifikationen einen stürmischen Verlauf.
Die Novelle betrifft den Termin der vereinsachten Quali-
fikationsprüfungen für die Mittelschullehrer. Ursprünglich
war der Termin für Juni 1929 festgesetzt worden. Danach
wurde er um zwei Jahre verlängert. Trotzdem blieben
bis etwa 1200 Mittelschullehrer zurück, welche die Prüfung
noch nicht bestanden haben. Die Novelle setzt den end-
gültigen Termin auf das Ende des Jahres 1932/33 fest.
Gegen die Novelle selbst hatte niemand etwas ein-
zuwenden; sie gab jedoch Anlaß zu einer Aussprache über
die Schulpolitik der Regierung.

Nach dem Referenten ergriß zuerst der Abg. Kornecki
(Nationaldemokrat) das Wort und führte u. a. aus: "Es
werden jetzt massenhaft fest angestellte Lehrer, die hohe
berufliche Qualifikationen aufweisen, aus politischen
Motiven aus dem Dienst entlassen. Das hat sogar der
Vizeminister Pieracki bestätigt; er sagte nämlich in der
Unterrichtskommission, daß die Verziehung von qualifi-
zierten Lehrkräften in den inaktiven und in den Ruhe-
stand notwendig gewesen wäre, weil diese Lehrer nicht die
politische Eignung zur 'staatlichen Erziehung' besessen
hätten. Dieser Vizeminister meinte auch, daß damit keines-
wegs die Politik in die Schulen eingebracht werde, vielmehr
sei das die Befähigung der Parteien in den
Schulen. Demgegenüber ist zu betonen — daß laut Ver-
fassung alle Staatsbürger ohne Rücksicht auf ihre politischen
Überzeugungen gleichberechtigt sind und daß nur Han-
dlungen gegen den Staat, welche im gerichtlichen
Wege, oder im Wege einer Disziplinaruntersuchung nach-
gewiesen würden, die Grundlage bilden können für die
Entfernung eines Staatsbürgers aus dem Staatsdienste,
neben der im Strafgesetzbuch vorgesehenen Strafe. Das
Unterrichtsministerium strengt gegen die zu Entlassenden
keine Disziplinaruntersuchung an, sondern bedient sich
gegen sie des unrichtig ausgelegten Art. 60 der Lehrer-
pragmatik.

"Seit kurzem werden ärztliche Kommissionen als
Mittel benutzt, Lehrer, welche dem jüdischen Regime un-
sympathisch sind, loszuwerden. Es werden die gesuch-
tenen Leute vor diese Kommissionen gestellt, die nach
speziellen Instruktionen vorgehen. Wenn die ärztliche
Kommission nicht das von der Behörde erwartete Gutachten
abgibt, wird der betreffende Lehrer in den inaktiven Stand

versetzt, in welchem er sechs Monate hindurch die vollen
Bezüge erhält, worauf er pensioniert wird. In Nowy
Sacz hat sich der Fall ereignet, daß zwei Ärztekom-
missionen einen Lehrer als frank erkannt
haben und das Kuratorium ihn dennoch auf
seinem Posten beläßt; in demselben Nowy
Sacz wurde indessen ein völlig gesunder
44-jähriger Lehrer in den inaktiven Stand
versetzt."

Der Redner beklagte sich weiter darüber, daß die Schul-
behörden aus politischen Gründen hochqualifizierte Per-
sonen die Bestätigung in den Stellungen von Direktoren
und Lehrern an privaten Mittelschulen verweigern. Dieses
durch parteiliche Motive bestimmte "Ausräumen" verursacht
ein Chaos und eine Desorganisation im Schulwesen. Die
Visitatoren richten, anstatt sich um die Ordnung und das
Unterrichts- sowie das Erziehungsniveau zu kümmern, ihr
Hauptinteresse auf die sogenannte Staatserziehung, deren
Grundsätze von jedem anders verstanden werden.

In einer Rede voll heftiger Akzente übt der Abg.
Piotrowski (PPS) scharfe Kritik an der Personalpolitik
des Unterrichtsministeriums. Der Regierungsklub reagierte
auf die Aufführungen des Redners mit Protesten und
Zwischenrufen, die nicht unbeantwortet blieben. Die
dichten Wortgeschosse fielen, um so mehr erhitzte sich
die Atmosphäre des Saales, bis sich im weiteren Verlaufe
der "Schuldebatte" alle Lärmgeister entfesselt hatten und
einmal ein langdauernder, ohrenbetäubender Tumult
ausbrach. Dies konnte geradezu anheimeln wirken, denn
es erinnerte an die Schulzeit, da man in den Pausen unter
dem Kommando "böser Buben" zum Ärger der Vor-
gesetzten: "Kriegsgetümmler" inszenierte, — wenn nicht die
traurigen Dinge wären, die der Abg. Piotrowski vor dem
Sejm entrollte. Abg. Piotrowski führte in großer Er-
regung aus:

"Heute herrscht im Schulwesen ein giftiger Geist, das
Denniziantentum greift um sich. Heute wird die Schule
nicht nur der Verwaltung, sondern auch den Parteikomitees
der Sanacja, dem Kommando des "Strzelc" untergeordnet.
Die Lehrerschaft und die Schule stehen unter dem Kom-
mando des Polizisten und der Wahlhände (des bezahlten
Wahlagitators). Das ist der Weg der Desorganisation.
Heute besteht eine Auseinandersetzung zwischen der Lehrerschaft und der
Elternschaft. (Beifall auf den Bänken der
Linken und des Nationalen Klubs.) Weber der
Bauer noch der Arbeiter können an einem Lehrer, der eine
gewöhnliche Wahlhände ist, Vertrauen haben. (Abg.
Neger (PPS) zaristisches Gefüll!) Der Lehrer wird
heute von der ganzen Volksgemeinschaft gehaßt. Heute
wird der Schuldirektor von dem Schuldienner abhängig ge-
macht, der ein Spiegel der Defensiv ist. 'Herr Minister'
— so wandte sich der Abg. Piotrowski an den auf der Re-

gierungsbank sitzenden Vizeminister des Unterrichtsministeriums Pieracki — dieser angeführte Fall ist in Krakau vorgekommen. Als der Direktor den Schuldienern Vorhaltungen wegen fahrlässiger Pflichterfüllung mache, unterbrach ihn der Schuldiener mit den Worten: „Ist der Herr Direktor schon zu Ende? Jetzt werde ich Ihnen zeigen, wer ich bin. Sie können zum Kärtnerium gehen und mich verklagen.“ Er wies dem Direktor sein Spiegelabzeichen vor.“

Bei diesen Worten brach ein wütender Lärm im Saale aus. Aus dem Lärm hoben sich einzelne Ausrufe ab.

Abg. Kornecki: In jeder Schule gibt es Spiegel, sogar im Ministerium!

Abg. Rybarski: Wenn Studenten verhaftet werden, schlägt man ihnen vor, in die Defensive einzutreten!

Vorübergehend beruhigte sich die Kammer, als der Referent der Regierungsvorlage sprach. Die Ruhe dauerte jedoch nur kurz, denn als der Vizeminister Pieracki, dem schon vorher aus den Oppositionsbänken zugeworfen wurde: „Sagen Sie uns was von diesen Spiegeln“, die Rednertribüne betrat, geriet die Kammer wieder in heftige Aufregung.

Vizeminister Pieracki (stotternd): Auf die Vorwürfe der einzelnen Redner werde ich nicht antworten. — Abg. Rybarski: Denn Sie haben nichts zu sagen!

Vizeminister Pieracki: Wenn ein Fall, wie der erwähnte, zur Kenntnis des Ministeriums gelangt wäre, würde ein solcher Schuldiener binnen 24 Stunden entfernt werden. — (Wachsender Lärm im Saale.)

Abg. Rybarski: Hochschüler werden für 1000 Zloty als Spiegel engagiert!

Abg. Kornecki: Im Ministerium sind Spiegel!

Abg. Bielecki: Das ist kein Vizeminister der Bildung (Oświaty), sondern der Finanzen!

Vizeminister Pieracki: Wenn die Herren konkrete Beweise vorbringen, werden wir sie prüfen und die Konsequenzen ziehen.“

Inzwischen dauern die Rufe fort. Der Vizeminister hat einen hilflosen Gesichtsausdruck angenommen und verlässt schließlich die Tribüne. Der BB-Klub versucht Beifall zu klatschen; zugleich fliegt ihm aus den Händen der Nationaldemokraten der Ruf an: „Wir beglückwünschen Sie zu diesem Vizeminister!“

Die Opposition spendet ironischen Beifall.

Nachdem sich der Lärm ausgetobt hatte, wurde die Gesetzesnovelle von der Kammer beschlossen.

Brest und Radom.

Die Stadtverordneten der Stadt Radom hatten im Zusammenhang mit Brest eine politische Entschließung gefasst, in welcher die Regierung wegen der sogenannten Brestfäre verurteilt und die Polizeimethoden an den Pranger gestellt wurden, die am 14. September in den Straßen von Radom im Zusammenhang mit der Manifestation des Zentrallinksblocks angewandt worden waren. Das Kreisgericht in Radom verurteilte 16 Stadtverordnete (14 von der PPS und einen vom Nationaldemokraten und einen vom Bund) zu Gefängnisstrafen von einem bis zu drei Monaten. Auf die Berufung der Angeklagten wurde die Gefängnisstrafe in eine Geldstrafe von 200 bis 500 Zloty umgewandelt. Der Prokurator hielt dieses Urteil für allzu mild und reichte beim Obersten Gericht eine Klage ein.

Das Oberste Gericht, das sich jetzt mit dieser Sache beschäftigte, lehnte die Klage des Prokurator in dem Teil ab, der die Strafbemessung für den Beschluss des Protests gegen die Brester Sache betraf und erkannte die Klage in dem Teil für begründet an, der sich auf das Urteil wegen der Brandmarkung der Polizei bezog. Infolgedessen wurde die Sache an das Bezirksgericht in Radom zurückverwiesen, das sich jetzt zum zweiten Male in einer anderen Zusammensetzung des Richterkollegiums mit dem Prozeß befassen wird.

Grenzgebiet nach den jetzt zu Ende gegangenen Ferien von der Regierung neue Unterrichtserlaubnis erhalten. In diesen Genehmigungen wird besonders betont, daß sie nicht zur Unterrichtserteilung in den Fortbildungsschulen ermächtigen, die vor einem Jahre von dem Schulverein in Bialystok im Grenzgebiet organisiert worden waren. Diese Fortbildungsschulen, angeblich 22 an der Zahl, sollen nunmehr geschlossen werden.

Krise in der Wirtschaftspartei.

Die Wirtschaftspartei, deren Reichstagsfraktion das Kabinett Brüning bei der letzten Abstimmung gesichert hat, erlebt im Zusammenhang mit dieser gewichtigen Entscheidung eine schwere innere Krankheit.

Wie wir zuverlässig erfahren, hat Staatsminister a. D. Dr. Weber sein Amt als zweiter Vorsitzender der Wirtschaftspartei niedergelegt.

Deutscher Matrosenstreik in St. Petersburg beendet!

Wie über Königsberg gemeldet wird, ist der Streik deutscher Seeleute in Leningrad, der unter dem Einfluß bolschewistischer Agitatoren ausgebrochen war, heute mittags beendet worden. Weitere Nachrichten liegen noch nicht vor. Es war auch nicht zu erfahren, ob bereits wieder deutsche Schiffe aus Leningrad (St. Petersburg) ausgelaufen sind.

Trauer um Edison.

Edisons Leiche wird nach Milan überführt.

London, 20. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Wie aus West-Orange gemeldet wird, wird die Leiche Edisons auf dem dortigen Friedhof nur vorläufig beigesetzt werden. Für später ist seine Überführung nach Milan (Ohio) vorgesehen, wo Edison ein großes Denkmal errichtet werden soll.

Unter den aus aller Welt eingelaufenen Beileidskundgebungen befindet sich auch ein Telegramm vom Papst.

Hindenburg zum Tode Edisons.

Berlin, 20. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Reichspräsident von Hindenburg hat an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika aus Anlaß des Todes von Thomas Edison nachstehendes Telegramm gerichtet:

„Zum Tode des genialen Erfinders Thomas Edison, der mit schöpferischem Geiste dem Fortschritt der Menschheit gedient hat, bitte ich Eure Exzellenz, den Ausdruck meiner Teilnahme entgegenzunehmen. Die dankbare Erinnerung an den großen Sohn Ihres Landes wird in Deutschland unvermindert fortleben.“

ges. Reichspräsident von Hindenburg.

Schweres Grubenunglück bei Herne.

Bisher 12 Tote und 19 Verletzte.

Herne, 19. Oktober. Ein schweres Grubenunglück ereignete sich auf der Grube Mount Genius bei Herne. Auf der fünften Sohle, in etwa 600 Meter Tiefe, erfolgte eine Explosion, durch die Teile des Grubengebäudes in Trümmer gingen. Bis 12 Uhr mittags waren 9 Tote und 22 Verletzte geborgen. Von den Verletzten starben im Laufe des Tages drei, so daß sich die Zahl der Toten auf 12 erhöht. Leider muß bestreitet werden, daß diese Zahl sich noch weiter erhöhen wird, da man noch nicht festgestellt hat, ob noch Verletzte im Schacht sind.

Über das Unglück wird von der Behördenverwaltung folgendes bekanntgegeben:

Etwa um 8 Uhr erschütterte eine Explosion auf der fünften Sohle Teile des Grubengebäudes. Sehr stark wurde der Druck nicht empfunden, und über Tage war seine Wirkung nicht wahrnehmbar. Die Explosion, deren Ursache erst eine eingehende Untersuchung feststellen kann, blieb auf einen Arbeitsteil der fünften Sohle beschränkt, auf welchem sich etwa 60 bis 70 Leute befanden. Sie hatte naturgemäß eine heftige Staub- und Rauchentwicklung zur Folge. Auch gingen Teile der Strecke zu Bruch. Das Unglück wurde sofort nach oben gemeldet, und die Rettungsmannschaft der Bege griff sofort energisch ein.

Mit Rauchmasken versehen drang sie in die Unglücksstelle ein und förderte nach und nach Tote, Verletzte und durch Staub- und Giftgase bestinnungslos Gewordene zu Tage. Als bald waren auch Rettungsmannschaften von den benachbarten Zechen herbeigezogen, die sich an dem Hilfswerk eifrig beteiligen. So wurden in dreistündiger Arbeit neun Tote und 27 Verletzte und durch Einatmen schlechter Gase Betäubte aus der Grube geschafft und den Krankenhäusern zugeführt. Von den verletzten und durch Rauch schwer beschädigten Leuten werden einige kaum mit dem Leben davorkommen. Alle übrigen in dem Revierenteile beschäftigten Leute sind gerettet worden.

Die Bergbehörde hat die Untersuchung über das Unglück eingeleitet.“

Gasexplosion in Paris.

Paris, 20. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Bei einer Gasexplosion in den Pariser Kanälen sind zwei Arbeiter getötet und 15 schwer verletzt worden.

Kleine Rundschau.

Graf Zeppelin in Pernambuco.

New York, 20. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist in der Nacht gegen 1 Uhr MESZ in Pernambuco gelandet. Das Schiff, das am Sonnabend morgen in Friedrichshafen aufgestiegen war, hat seine Fahrt also fahrsplanmäßig durchgeführt.

An Deck des tauchenden U-Bootes vergessen.

Als das britische U-Boot L 58 bei Übungen in der Nähe der Insel Wight untergetaucht war, stellte es sich heraus, daß ein Mann der Besatzung versehentlich auf Deck zurückgelassen worden war. Der Kommandant ließ das U-Boot sofort wieder an die Oberfläche tauchen und mehrere Stunden lang an der betreffenden Stelle kreuzen, ohne von dem Vermissten eine Spur zu entdecken. Nach Abhaltung eines Gottesdienstes kehrte das U-Boot in seinen Hafen Portsmouth zurück.

Genf redet — Japan handelt.

Japan protestiert im Rat.

Der japanische Delegierte Yoshizawa hat am Sonntag dem Präsidenten des Völkerbundrates Briand eine Note überreicht, in der scharf gegen die Einladung des amerikanischen Vertreters Gilbert in den Rat protestiert wird.

In der Schrift wird dem Rat 1. das Recht bestritten, aus Opportunitätsgründen vom Völkerbundpakt abzuweichen; 2. die Einladung des Vertreters eines Nichtmitglied-Staates erforderlich als sachliche Frage Einstimmigkeit beim Beschuß, nicht nur Stimmenmehrheit; 3. wird angekündigt, warum nicht auch andere Unterzeichner des Kellogg-Paktes (gemeint ist Sowjet-Russland) eingeladen wurden; 4. wird gefragt, wann die rechtlichen Fragen über die Einladung im Rat debattiert werden.

Außer dieser Regierungsnote verbreitete die japanische Delegation später in Völkerbundkreisen eine neun Seiten lange Denkschrift, die die japanische Agitation in China sehr anschaulich schildert und den Ausdruck „militärische Besetzung der Mandchurei“ mit dem Hinweis ablehnt, daß nur noch ein kleiner Rest der japanischen Truppen außerhalb der Eisenbahnzone stationiert sei, der in einem Gebiet, das so groß wie England und Irland zusammen sei, japanische Interessen schützen müsse. Bevor die letzten Truppen Japans abrücken könnten, müsse China sich aller „feindseligen Akte“ enthalten, die japanischen Vertragsrechte müßten von der China-Regierung und den Lokalbehörden anerkannt werden; japanischen Staatsangehörigen müßte ein wirkamer Schutz von Leben und Eigentum zugesichert werden und endlich sollte China eine „friedlichere Haltung“ einnehmen, womit wohl Einstellung des antispanischen Warenboykotts gemeint ist. Am Schluss erucht Japan in der Denkschrift den Völkerbund und die öffentliche Meinung der Welt eindringlich, dem japanischen Standpunkt Beachtung zu schenken, damit das japanische Volk nicht glauben müsse, daß seine Rechte in Genf verkannt werden.

Nach mehreren Geheimstüdingen der Ratsmitglieder ohne den Chinesen und den Japaner im Laufe des Sonntags hat dann Ratspräsident Briand auf die Note aus Tokio geantwortet. Nach einer höflichen Einleitung werden alle vier Punkte der japanischen These widerlegt. Niemals habe, antwortet der Rat, man sich aus Opportunitätsgründen in Widerspruch zum Völkerbundpakt gesetzt. Die Einladung des Amerikaners sei keine neue sachliche Frage, sondern nur eine Vervollständigung des Verfahrens. Die Einladung an ein Nichtmitglied konnte ohne vorherige Klärung der juristischen Frage erfolgen, da die Bedingungen für die Teilnahme eines amerikanischen Vertreters bereits in einem Schreiben Briands vom 15. Oktober und in Erklärungen der Ratsdelegierten festgesetzt wurden. Die Antwortnote schließt ab: eine sofortige juristische Debatte sei im Augenblick überflüssig, könne aber auf Wunsch der Ratsmitglieder später noch geholt werden; auf die Völkerbundseinladungen an die Washingtoner Regierung könne sie keinen Einfluß haben.

*

Für Japan unannehmbar.

London, 20. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Wie „Exchange Telegraph“ meldet, wird in japanischen amtlichen Kreisen erklärt, daß die Genfer Note für Japan unannehmbar sei. Nach dem „Daily Telegraph“ sind verschiedene japanische Kriegsschiffe, die bereits aus dem Dienst zurückgezogen worden waren, wieder in den Dienst gestellt worden. Ihre Besatzungen sollen durch Reservisten ergänzt werden. Die japanischen Werften arbeiten mit Vollämpfen an der Indienststellung der Schiffe. 20 private Tankdampfer haben den Befehl erhalten, in Bereitschaft zu sein, da sie jeden Augenblick der Kriegsflotte angezeigt werden können. Andererseits melden die „Times“ aus Shanghai, daß die chinesische Regierung ein Gesetz über die Einführung der allgemeinen Militärdienstpflicht vorbereitet, das unverzüglich in Kraft treten soll.

*

Moskau, 20. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Der Schritt der Kelloggmaße in Tokio und Nanking ist der Moskauer Regierung zur Kenntnis gebracht worden.

Die Japaner werden in der Mandchurei überwintern.

Moskau, 20. Oktober. (PAT.) Wie die Sowjetpresse meldet, sind die japanischen Truppen schon vollkommen vorbereitet, in der Mandchurei zu überwintern. In vielen Gegenden sind bereits Schützengräben gebaut worden.

Maßgebenden Quellen zufolge hat die „Japanische Regierung beschlossen, nicht aus dem Völkerbund auszutreten, und zwar ohne Rücksicht auf die weitere Entwicklung der Ereignisse im Zusammenhang mit dem Konflikt in der Mandchurei.“

Vereitelter Staatsstreich in Japan.

Wie aus Tokio gemeldet wird, sind die Behörden einem Komplott gegen die Regierung auf die Spur gekommen, das den Sturz der gegenwärtigen Regierung, deren Verhalten im Mandchuriekonflikt als für zu schwach angesehen wird, und die Errichtung einer Militärdiktatur zum Ziel hatte. Das Kriegsministerium teilt dazu mit, daß bisher 9 Offiziere verhaftet worden sind.

Vor einem Mongolenauftand?

Meldungen des „Evening Standard“ aus Peking folgen übersteten Mongolen die mandchurische Stadt Tschangwan an der mandchurisch-mongolischen Grenze. Es kam zu einem vierstündigen Gefecht mit den Chinesen, in dem 200 Mongolen und viele Chineen getötet wurden. Während des Kampfes erschienen viele japanische Flugzeuge über dem Kampffeld.

Der chinesische Oberbefehlshaber meldet, daß die Japaner mit den Mongolen in Bündnis stehen und die Stellungen der Chinesen mit Bomben beworfen hätten. Er fürchtet einen mongolischen Aufstand und fordert dringend die Entsendung eines Panzerwagens zum Schutz der Eisenbahnen.

Tschanghuliang hat erklärt, daß ihm die Hände gebunden seien und daß er die Japaner für die mongolischen Unruhen verantwortlich machen müsse. Gut unterrichtete chinesische Kreise in Peking rechnen mit dem baldigen Abfall der Mandchurei.

Republik Polen.

Der Warschauer Magistrat wieder in Nöten.

Da der Warschauer Magistrat den Beamten die September-Gehälter bis heute noch nicht ausgezahlt hat, wurden in Warschau mehrere Versammlungen der Berufsverbände der Kommunalbeamten abgehalten, in denen gegen die unzureichende Gehaltszahlung des Magistrats in scharfer Weise Beschluß gesetzt wurde. Es wurden ultimative Beschlüsse gefasst, die dem Magistrat vorgelegt werden sollen. Im Falle der Nichtberücksichtigung der Wünsche der Beamten wollen diese in den Streik treten.

Freispruch für Kwapinski.

Vor dem Obersten Gericht wurde dieser Tage der Prozeß gegen den ehemaligen Abgeordneten Jan Kwapinski verhandelt, der im vergangenen Jahre vor den Sejmwahlen verhaftet und dann vom Bezirksgericht in Sojnowice wegen seiner in den Wahlen gehaltenen Reden zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden war. Das Appellationsgericht in Warschau hält das Urteil der 1. Instanz auf und fällt einen Freispruch. Auf Antrag der Prokurator beschäftigte sich nun mit der Sache das Oberste Gericht, das das Urteil des Appellationsgerichts bestätigte, so daß das freisprechende Urteil gegen den ehemaligen Abgeordneten Kwapinski nunmehr rechtskräftig geworden war.

Deutsches Reich.

Besondere Konzession für staatsspolnische Lehrer in der deutschen Grenzmark.

Wie die Polnische Telegraphen-Agentur unter dem 14. Oktober aus Schneidemühl meldet, haben die polnischen Lehrer der polnischen Minderheiten-Schulen im

Ueber Gerechtigkeit

Worte von Leo N. Tolstoi

Gerechtigkeit ist ein Maßstab für vollbrachte Taten, Gerechtigkeit kann aber nicht das Ziel eines rechtschaffenen Lebens sein. Dazu genügt sie nicht.

Gerechtigkeit wird erlangt nicht durch das Streben nach Gerechtigkeit, sondern durch Liebe.

Wenn uns die Gerechtigkeit nicht anweist, was wir zu tun haben, so weiß sie uns doch immer an, was wir zu meiden oder zu unterlassen haben.

Der Richter kann sich von der Gerechtigkeit leiten lassen, weil er die Sache nur von einem Gesichtspunkte untersucht; im Leben aber hat eine jede Frage viele gleich gerechte, aber verschiedene Lösungen, je nach dem Gesichtspunkte, von welchem aus die Frage untersucht wird.

Ganz genau gerecht kann man nicht sein. Man tut entweder zu wenig oder zu viel.

Um sich gegen die Gerechtigkeit nicht zu versündigen — gibt's nur ein Mittel: man tut mehr.

Absolute Gerechtigkeit ist ebenso unerreichbar, wie absolute Wahrheit; der Gerechte aber unterscheidet sich vom Ungerechten durch sein Streben nach Gerechtigkeit und die Hoffnung, sie zu erreichen, wie der Wahrhaftige vom Lügner — durch seinen Durst nach Wahrheit und den Glauben an sie.

Ou leidest infolge von Ungerechtigkeit, tröste dich: wahrhaft ungünstlich sind diejenigen, die sie verüben.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit eingeschärft.

Bromberg, 20. Oktober.

Rühl und veränderlich.

Die deutschen Wetterstationen ründern für unser Gebiet weitere Abfaltung und veränderliches Wetter mit Niederschlagsneigung an.

Auch ein Weg zur Winterhilfe.

Das Plätzchen im Familienkreis.

Wir Deutschen in Polen, die wir in unserem Heimatrecht so oft angefochten werden, müssten es besonders gut verstehen, was es heißt, heimat- und obdachlos zu sein. Können wir es dann verantworten, daß einige unter uns in diesem Winter nicht wissen, wo sie bleiben sollen? Es fehlt ihnen nicht nur die Existenzmöglichkeit, es fehlt ihnen auch der Verdienst, und aus dem kleinen Stübchen droht die Exmission wegen unbezahlter Miete. Noch weniger kann man es aber verstehen, wenn solche Wesen, trotzdem sie Verwandte haben, die ihnen helfen und sie aufnehmen könnten, auch dort weggewiesen werden, weil angeblich kein Platz mehr da ist. Was nicht der einmalige hohe Beitrag für die Winterhilfe, was nutzen die großen Worte und die begeisterte Zustimmung zu allen hochherzigen Vorschlägen, wenn nicht die Tat gewagt wird, ein einfaches und erwerbsloses Menschlein ins Haus zu nehmen? In manchen Kreisen soll die Winterhilfe eingesehen. Jeder hat in seinem nächsten Kreis, in seiner Familie, unter seinen Freunden, Bekannten einen Menschen, der seine helfende Hand braucht so oder so. Es dürfte nicht vorkommen unter uns, daß Menschen, die noch Verwandte oder Freunde auf dem Lande oder in erwerbender Stellung haben, von dort keine Hilfe erhalten, ja sogar abgewiesen werden und dann der Liebestätigkeit der Öffentlichkeit anheimfallen. Hier muß erst recht die Lösung wahr werden: Wir wollen helfen!

Der Posttarif, den wir in unserer gestrigen Ausgabe zum Abdruck brachten, enthielt leider einige irrtümliche Angaben. Wir veröffentlichen deshalb den Posttarif heute noch einmal nach Beseitigung der Fehler.

Scharfschießen veranstaltet am 22. und 23. d. M. das 62. Infanterie-Regiment auf dem Schießplatz in Jagdschütz. Die Zugangswege sind durch Militärposten gesichert.

Telegramme aus Eisenbahnzügen. Das Verkehrsministerium bearbeitet augenblicklich zusammen mit dem Post- und Telegraphenministerium Vorschriften über die Aufgabe von Privat-Telegrammen durch Reisende während der Eisenbahnfahrt. Diese Telegramme werden in den Zügen durch Vermittlung der Schaffner ausgegeben, die sie an die Bahn-Telegraphenämter der nächsten Station weiterleiten, an der der Zug hält. Die Gebühr für derartige Telegramme wird etwas höher als für gewöhnliche Telegramme sein.

Nicht von der fahrenden Straßenbahn abspringen! Gegen diese Vorschrift wird leider immer wieder gesündigt. Am gestrigen Tage sprang eine in den Baracken wohnhafe Frau an der Endstation der Danziger-Straßenbahnlinie vorzeitig von dem noch im Fahren befindlichen Wagen ab. Dabei stürzte die Frau zu Boden und zog sich eine Armmverrennung zu.

Aus dem Gerichtssaal. Vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts hatten sich am Montag die Brüder Michael, Stefan und Franz Wróblewski, sowie Roman Krysztofak zu verantworten. Am 14. September v. J. haben alle vier Angeklagten im Dorfe Więcław, Kreis Znin, an einem Tanzvergnügen teilgenommen. Bei dieser Gelegenheit sind sie wegen der Braut des Nebenflägers Władysław Tronin in Streitigkeiten geraten. Die Folge davon war, daß Michael und Stefan Wróblewski den Nebenfläger mit Bierflaschen und Messern derartig bearbeiteten, bis dieser aus mehreren Wunden blutend bestinnungslos auf dem Platz blieb. Aus den Beugenaussagen geht hervor, daß Krysztofak die Brüder Wróblewski zum Schlagen überredet hatte. Krysztofak, Michael und Stefan Wróblewski wurden vom Gericht zu je zwei Monaten schweren Gefängnisses verurteilt. Franz W., der sich an der Schlägerei nicht beteiligt hatte, wurde freigesprochen. — Der Chauffeur Jan Giesecki aus Bromberg ist beschuldigt, dem Landwirt Gustav Belz, wohnhaft in Grünewerder (Przyłęki), Kreis Bromberg, am 29. August v. J. Kleidungsstücke im Werte von 250 Złoty entwendet zu haben.

Durch die Beugenaussagen konnte eine Schuld des Angeklagten nicht nachgewiesen werden, weshalb das Gericht Giesecki freisprach.

Der Fremdenverkehr in Bromberg. Im Monat September weilten in Bromberg 281 Ausländer. An erster Stelle mit 224 handelt es sich um Reichsdeutsche, ferner um 14 Tschechen, 6 Chinesen, 5 Danziger Staatsangehörige und 5 Amerikaner. Außerdem beherbergte Bromberg in dem genannten Monat 4 sowjetrussische Staatsangehörige, 4 Rumänen, 3 Holländer und je 1 Engländer, Letten, Litauer und Afrikaner. Im Oktober weilten bis zum 15. 300 Ausländer in Bromberg.

Auch in der Kirche wird gestohlen. Eine aus dem Landkreis Bromberg in der Stadt weilende Frau begab sich in die Pfarrkirche, um hier ein Gebet zu verrichten. Als sie die Kirche wieder verlassen wollte, stellte sie zu ihrer Überraschung fest, daß man ihr die Handtasche mit 50 Złoty gestohlen hatte. Sie meldete den Vorfall der Polizei.

Wer sind die Besitzer? In der Fordonerstraße wurde am Sonnabend eine Damenhandtasche gefunden, die beim Polizeiposten in Karlsdorf abgegeben wurde. — Bei der Kriminalpolizei befindet sich ein Ausweis, auf den Namen Kurt Pather lautend, der von dem rechtmäßigen Eigentümer abgeholt werden kann.

Gestorgenommen wurden im Laufe des gestrigen Tages eine Person wegen Diebstahls und zwei wegen Trunkenheit.

Vereine, Veranstaltungen ic.

Poener Bachverein. Erste Probe des Zweigvereins Bromberg endgültig am Donnerstag dieser Woche, abends 8 Uhr, in der Turnhalle des Deutschen Lycеums, unter persönlicher Leitung des Herrn D. Greulich. Eintrittsbegäbe Damen und Herren werden um Mitwirkung gebeten. (9741)

Deutscher Abend, „Wir plaudern aus der Schule“, heute abend um 8 Uhr im Biwakino. (9721)

Z. Nowroclaw, 19. Oktober. Vor der Strafkammer hatten sich drei junge Burschen wegen Einbruchsdiebstahls zu verantworten. Sie drangen in Abwesenheit des Arbeiters Proch in dessen Wohnung ein, durchwühlten alles und fanden auch 100 Złoty, die sie an sich nahmen. Sie bekannten ihre Schuld, gaben aber als Grund dauernde Arbeitslosigkeit an. Das Gericht verurteilte hierauf die drei Angeklagten Pawłowski, Jozwiak und Basinski zu je 1 Monat Gefängnis. — Das Lastauto der Brauerei „Bracia Noteceń“ aus Gnesen fuhr am letzten Sonnabend morgens gegen 8.00 Uhr mit einem Anhänger in der Richtung nach Kruszwica an einen auf der rechten Seite der Chaussee stehenden Baum an, so daß das Borderteil des Autos erheblich beschädigt wurde. Der neben dem Chauffeur Władysław Maciążek sitzende Leiter der Firma, Czesław Tuholicki, und ein Gehilfe Leon Gętnarski wurden leicht verletzt.

Z. Nowroclaw, 19. Oktober. Jagdverpachtung. Am Sonnabend, dem 24. Oktober 1931, findet im Hotel Bast nachmittags 4 Uhr die Verpachtung der städtischen Jagd für die Dauer von sechs Jahren statt. Auswärtige Reflektanten sind zugelassen. Die Jagdgemeinschaft behält sich das Recht vor, unter den drei Meistbietenden eine Wahl zu treffen. Diejenigen, die sich an der Submission beteiligen wollen, haben einen Betrag von 100 Złoty zu hinterlegen. Die Bedingungen der Pacht liegen im Magistrat, Zimmer Nr. 21, zur Einsichtnahme aus.

Argenau (Gnierekow), 18. Oktober. Am Donnerstag, dem 22. d. M., vormittags 10 Uhr, findet hier selbst im Stadtpark ein Holzversteigerungstermin statt, in welchem 300 Meter Kiefern-Stubben zum Verkauf kommen. Das Holz befindet sich im Forstrevier Łęk, Jagen 133 e.f., welches dort besichtigt werden kann. — In dem fürstlich hier selbst von der staatlichen Oberförsterei Agenau abgehaltenen Holztermin wurde, da wenig Käufer sich einfanden, das Holz größtenteils zum Tagwerte verkauft. Es wurde gezahlt für ein Raummeter Kiefern-Rundholz 8 Złoty, Kloben 10 Złoty und für Kiefern-Bauholz I. Klasse 26,50 Złoty, II. Klasse 23 Złoty, III. Klasse 21 Złoty, IV. Klasse 17,50 Złoty.

Z. Mogilno, 19. Oktober. Selbstmordversuch. In Gembitz, Kreis Mogilno, versuchte der Leiter der dortigen Filiale „Zgoda“ Ignaz Kompa, am letzten Sonnabend in der Wohnung seiner Braut seinem Leben durch Grischen ein Ende zu setzen. In dem Augenblick jedoch, als er die Waffe abdrückte wollte, kam die Mutter der Braut hinzu und versuchte, ihm die Waffe zu entreißen. Dabei wurde sie an der Hand durch zwei Schüsse leicht verletzt. Die Polizei nahm dem Lebensmüden den Revolver ab und über gab ihn der Staroste.

○ Pudewitz (Pobiedziska), 19. Oktober. Zu einem schweren Unfall kam es heute gegen 8 Uhr morgens. Das Lastauto der Dampfmühle Welnau fuhr auf den mit zwei Pferden bespannten Leichenwagen des hiesigen Schmiedemeisters Olszynski auf, wobei der Kutscher des Wagens unter das Auto kam und schwer verletzt wurde. Ein Pferd wurde getötet. Der Autolenker trug Schnittwunden an den Händen davon. Die Schuldfrage an dem Unglück ist noch nicht geklärt. — Nach kaum sechswöchiger Dauer sind die Viehmärkte schon wieder für Klauenvieh gesperrt, da auf einigen Gütern die Maul- und Klauenpest durch den beauftragten Kreisarzt festgestellt wurde.

Z. Poznań, 18. Oktober. Trotz der Einführung der Standgerichte, die u. a. für Einbruchsdiebstähle schwere Buchtausstrafen verhängen, wollen die Einbruchsdiebstähle hier kein Ende nehmen. Ja, mit zunahme der kalten Jahreszeit wächst ihre Zahl in erschreckendem Maße. So wurden der Polizei gestern ein Dutzend Diebstähle, darunter neun kleinere gemeldet. Einbruchsdiebstähle wurden verübt in Wilda bei Włodzimirzewsk in der früheren Kronprinzenstraße 127, dem Wärter im Werte von 1300 Złoty vom Boden gestohlen wurde. Ein zweiter großer Wäschediebstahl wurde in der Bodenkammer des Fleischherstellers Alexander Damrowski in der früheren Vittoriastraße 17 verübt. Der Wert der Einbrecherbeute beträgt 4000 Złoty. Endlich wurde aus der Wohnung von Włodzimira Luczak aus der St. Martinstraße 66 Wäsche im Werte von 1500 Złoty gestohlen. Unter dem Verdacht der Täterschaft wurde der Bruder der Bestohlenen festgenommen. — Im Hause frühere Ritterstraße 12 brach aus unbekannter Ursache ein Feuer aus, das sich auf die Flurtreppen ausdehnte. Die Feuerwehr löschte den Brand, bevor er größeren Schaden angerichtet hatte. — In dem benachbarten Schwenzig

geriet auf der Eisenbahn-Verladestation beim Kängieren eines Bugs der Arbeiter Franz Michałek so unglücklich zwischen die Puffer zweier Wagen, daß ihm der Brustkorb zerquetscht wurde.

Z. Poznań (Poznań), 19. Oktober. Wegen Vollziehungshinterziehung hatte sich vor der hiesigen Strafkammer der Verirter Franz Milde der hiesigen Möbelfirma Brüder W. Nowakowski zu verantworten. Er hatte von 1927 bis 1930 Möbelbeschläge, Schloss usw., im Werte von 40 000 Złoty aus Deutschland über Danzig eingeführt; davon sollen Werte von rund 24 700 Złoty unverzollt geblieben sein. Der Angeklagte will die Waren ganz legal in Danzig gekauft haben. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß der Angeklagte wissentlich die Zollbestimmungen umgangen habe, und verurteilte ihn zu 2500 Geldstrafe bzw. 25 Tagen Haft. — Im Hause Wittelsbacherstraße 7 wurde ein Bodenleib überrascht, als er in der Nacht aus einer Kammer ein Fahrrad stehlen wollte. Er stieß eine Bodenleiter um, und das Geräusch alarmierte den im Hause wohnenden Photographen Majewski. Dieser sah mit dem Rad verschwindenden Dieb nach und nahm ihm in der Bunkerstraße seine Beute ab. Der Dieb konnte leider in der Dunkelheit entkommen. — Zwei edle Genossen, die Obdachlosen Edward Pawlak und Bolesław Dębiński hatten sich zu einem Raubüberfall auf den Kassenbeamten der Firma „Kredit“, Josef Dunaski, zusammengetan. Der eine sollte das Opfer in einem Handschlüssel niederschlagen und ihm das Geld entreißen, während der zweite den Täter mit einem Auto erwarten sollte. Beide wollten dann über die Grenze flüchten. Sie waren jedoch bei der Vorbereitung ihres Plans nicht vorsichtig gewesen. Kurz, der Plan wurde der Polizei „verpiffen“, und die Burschen wanderten statt über die Grenze in Untersuchungshaft. — Aus der Wohnung einer Frau Hilda Urbach in der fr. St. Adalbertstraße wurden ein Herrenpelz, Kleidungs- und Wäschestücke im Gesamtwerte von 2000 Złoty gestohlen. — Aus der Wohnung von Josef Pietrzak in der fr. Wilhelmstraße 23 wurden zwei Damenpelze im Werte von 1000 Złoty gestohlen.

Aus Kongresspolen und Galizien.

Kampf dem Alkohol.

Jubiläumstagung der allpolnischen Landesvereinigung der Alkoholgegner in Krakau.

Im September d. J. sollte in Warschau eine internationale Alkoholgegnertagung stattfinden, die aber trotz der bereits getroffenen Vorbereitungen aus unbekannten Gründen vertagt wurde. Der Internationale Rat der Alkoholgegner hat für das Jahr 1932 einen Alkoholgegnerkongress in Polen beschlossen, und zwar in Krakau, der Wiege der polnischen Alkoholgegnerbewegung. Als Vorbereitung zu diesem Kongress hat sich die polnische Landesvereinigung der Alkoholgegner am 11., 12. und 13. Oktober auch in Krakau versammelt. Es ist bereits der 10. Kongress dieser Art, der als Jubiläumskongress nach polnischen Berichten einer der größten und umfassendsten Kongresse war, die überhaupt in Polen stattgefunden haben. Neben zahlreichen Ärzten waren über 1000 Lehrer, 200 Geistliche und Vertreter der verschiedenen Berufsstände vertreten, um in Plenarsitzungen und einzelnen Sektionen zu beraten, wie in Polen dem Alkoholabuse abgeholfen werden soll. Polen hat bekanntlich eine Alkoholehebung wie kaum ein anderes Land. Nur gehen öffentliche Meinung und der Wille zur Durchführung dieser Gesetze noch nicht Hand in Hand. Selbst der Staat ist in seiner Stellung zum Alkohol nicht frei von Widersprüchen. Auf der einen Seite wird die Bewegung gegen den Alkohol mit staatlichen Geldern unterstützt und auf der anderen Seite staatlicherseits für größeren Alkoholverbrauch geworben. In den Jahren 1929/30 hat der polnische Staat 835 000 Złoty für die Bekämpfung des Alkohols aufgewandt, im Jahre vorher waren es sogar 549 975 Złoty. In denselben Jahren betrug aber die Gesamteinnahme des Staates aus dem Spiritusmonopol 662 420 000 Złoty. In den Jahren 1928/29 wurden in ganz Polen in 467 Gemeinden Abstimmungen über das Verbot des Alkohols durchgeführt, von denen 434 zwar positiv ausfielen sind, aber nur 127 sind wirklich durchgeführt worden. Die meisten Abstimmungen waren in der Woiwodschaft Lemberg; nämlich 170. Dann folgt Stanislaw mit 124 und Krakau mit 49 Abstimmungen. In Poznań waren es nur 2 und in Pommerellen drei Gemeinden. Am 1. Januar 1930 gab es in Polen 17 Abstinenzler-Organisationen zur Bekämpfung des Alkohols und 27 andere Vereine, die sich die Bekämpfung des Alkohols zum Ziel gesetzt haben.

○ Aleksandrowo, 19. Oktober. Ein Großfeuer legte die getreidegefüllte Scheune des Gutsbesitzers Czesław Bielecki in Chalno in Asche. Das Feuer wurde durch Funkenauwurf der Drehschmiede verursacht. Den herbeigeeilten Wehren aus der Umgegend gelang es, das Feuer auf seinen Herd zu befränken. Der Besitzer erleidet einen Schaden von 150 000 Złoty, der nur zum Teil durch Versicherung gedeckt ist. — In Palikowo brannte die Windmühle des Besitzers Franz Ożdowski nieder. Der Schaden beträgt 4260 Złoty. Die Ursache des Brandes ist unbekannt. — Selbstmord durch Erhängen beginnt der Hansbesitzer Karl Makowski in Aleksandrowo. Die Ursache dieser unseligen Tat dürfte in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise zu suchen sein. — In Nowawies, Gemeinde Ruszkowo, stürzte die Wand eines baufälligen Hauses ein und begrub den Baumeister Jan Jakalik aus Kazimierzow unter sich. Aus den Trümmern holte man nur die Leiche des Verunglückten vor.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 20. Oktober 1931.

Kralau — 2,08, Kamionko + 1,58, Warschau + 1,70, Blocz + 1,45, Thorn + 1,70, Rordon + 1,78, Culm + 1,94, Graudenz + 1,91, Kurzebrat + 2,18, Bielz + 1,53, Dirschau + 1,58, Einlage + 2,34, Schlewenhorst + 2,48.

Chefredakteur: Gottbold Stark; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Antoni Strzel; für Stadt und Land und den übrigen politischen Teil: Marian Szepke; für Anzeigen und Reklame: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann, Łódź o. v. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten einschließlich der „Hausfreund“ Nr. 242

Bromberg, Mittwoch den 21. Oktober 1931.

Pommerellen.

20. Oktober.

Kommissare für den Waldschutz.

Die Pommerellische Wojewodschaft wurde in zwei Kreise eingeteilt und je einem Kommissar für den Waldschutz unterstellt.

Zum Kreise I gehören die Kreise: Tuchel, Zempelburg, Konitz, Berent, Kartaus, Seekreis, Stargard und Dirschau.

Zum Kreise II: Thorn, Culm, Graudenz, Briesen, Strasburg, Soldau, Schlesien und Mewe. Kommissar des ersten Kreises ist Ingenieur Walerian Pasternak, des zweiten Ingenieur Stefan Podolecki. Beide Kommissare haben ihren Sitz in Thorn.

Graudenz (Grudziądz).

Ein Festtag der Deutschen Bühne.

In den Annalen der Deutschen Bühne wird der 18. Oktober ein Tag von besonderer Bedeutung bleiben, der Tag, an welchem die Deutsche Bühne das Fest ihres zehnjährigen Bestehens feierte. Mit einer besonderen Festvorstellung am Nachmittag ward der Aufstieg gemacht. Eine feierlich gestimmte Kunstmilie füllte den noch vom Oktoberfest her prächtig geschmückten Theatersaal und harrte gespannt der kommenden Dinge. Die Lennersche Festouvertüre setzte ein, stimmungsvolle Klänge durchzuschütteten den Saal, freudig und überzeugend. Es wurde ein Festtag, ein Festtag für Alle, Mitarbeiter, Mitwirkende und Hörer, in dessen Rahmen Max Reinhardt's goldene Worte aus seinem in New York gehaltenen Vortrag über die Schauspieler ausgezeichnet passten. Walter Ritter der Jung, war der gegebene Interpret dieser Worte, die er mitreißend und überzeugend sprach. Es war ein Bekenntnis zum Theater, ein Bekenntnis, gipflend in den Worten: Ich glaube an die Zukunft des Theaters, aus der primären Ursache heraus, da dieses ein Stück des Lebens selbst ist und somit eine unumgängliche Notwendigkeit.

Sichtlich ergriffen trat nun der erste Vorsitzende der Deutschen Bühne, Arnold Kriede, vor die Rampe. Seine Festansprache, aus Innerstem heraus gesprochen, von Herzen zu Herzen gehend, in Ton und Ausdruck zusammenfassend, eine Spanne Zeit, die schwere Kämpfe, Arbeit und Opfer gekostet hat, aber von großem Erfolg gekrönt war. Die Begeisterung seiner Worte löste Begeisterung aus. Die Deutsche Bühne ist kein Unternehmen eines kleinen Kreises, sondern festgemurzelt in der deutschen Allgemeinheit, der sie gehört, der sie dient und die sie erbaut.

Die Geschichte der deutschen Bühne ist niedergelegt in einer Festchrift, die anlässlich ihres zehnjährigen Bestehens herausgegeben wurde. Es erfüllt sich daher, hier näher darauf einzugehen, denn jeder, dem die Bühne ans Herz gewachsen ist, wird sich die Festchrift anschaffen als bleibendes Andenken an diese und an eine Zeit reich an Mühen, aber auch an Erfolgen. Die Bühne ist die Dienerin am Guten, Schönen und Wahren. Sie bildet die Grundlage, auf welcher das prächtige deutsche Heim, das Gemeindehaus erhalten wird, sie pflegt das deutsche Wort, die deutsche Kunst und ist bemüht, diese hineinzutragen in alle Kreise des Volkes, dieses für sie empfänglich zu machen, erhebend und erheiternd zu wirken. Wahrlich hohe Aufgaben und Ziele hat sie sich aufs Papier geschrieben. Und gerade heute, da die Wogen hochgehen im öffentlichen Leben, da bietet sie Erholung vom rauen Treiben des Alltags, erhebt den Menschengeist und lässt ihn emporstreben zu hohen Zielen. Und so ist es die Kunst in ihren mancherlei Gestaltungen und Arten, welche den Menschen immer und immer wieder zur Erkenntnis seiner Bestimmung leitet, und je mehr sie ihm umgibt, je mehr und je öfter sie ihm entgegentritt, desto veredelter wird sie wirken. Mit warmen Dankesworten gedachte Arnold Kriede aller Mitarbeiter und Mitwirkenden und ließ seine Rede ausklingen in dem Wunsche, daß alle gemeinsam für die Bühne eintreten möchten, gefunde Kritik üben, aber sich zurückhielten von dem Gift der Versezung unbegründeter abfälliger Urteile. Erhalten wir unseren Besitz, zerstören ist leicht, aufbauen aber schwer, sehr schwer, wenn nicht ganz unmöglich in heutiger Zeit. Anhaltender und brennender Beifall dankte seinen Ausführungen.

Die moderne Lustspielouvertüre von Paul Scheinpflug leitete zu der Bühnendarbietung über. Zur Aufführung gelangte das Heinrich von Kleist'sche Lustspiel „Der zerbrochene Krug“. Die Darsteller und Darstellerinnen, die sichtlich begeistert sich für die Sache einsetzen, haben eine wahre Festvorstellung geschaffen. Eine eingehende Würdigung dieser bleibt vorbehalten. Hier sei nur vorläufig festgestellt, daß mit dieser Aufführung in darstellerischer und künstlerischer Hinsicht das zweite Dezennium würdig eingeleitet wurde.

Im Anschluß an die Aufführung vereinigte des Abends eine feierlich geschmückte Tafel eine große Anzahl Gäste und Freunde der Bühne zu festlichem Mahl. Gymnasialdirektor Hans Hilgendorf begrüßte im Namen der Bühne die Erschienenen, noch einmal mit Nachdruck auf den Sinn der Feier hinweisend. Aus dem Begrüßer wurde ein Gräßeüberbringer. Direktor Hilgendorf sprach nun im Namen der deutschen Schule und des Büchereivereins. Es würde zu weit führen, hier und bei den folgenden Vertretern eingehend der schönen Worte zu gedenken; zusammenfassend sei gesagt, daß aus allen Worten und Wünschen wahre Begeisterung und wärmtestes Wohlwollen strömte, welche dem jungen jubilierenden Verein entgegenbrachte wurden.

Prof. König-Bromberg überbrachte Grüße der aktiven Mitglieder der Bromberger Bühne und überreichte mit herzlichen Worten einen Pokal als Freundschaftsangebinde. Pfarrer Dieball sprach hierauf als Vertreter des Gemeinderats und dankte der Bühne für ihre Bemühungen um das Gemeindehaus. Oskar Abramit überbrachte Grüße des Frauenvereins und der Gemeindehausverwaltung. Chefredakteur Gotthold Starke-Bromberg sprach im Namen der „Deutschen Rundschau“ und des Deutschen Bühnenvereins Bromberg. Oberstudienleiter Dr. Schönbeck-Bromberg sprach für die

Deutsche Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft. Franz Welke vertrat den Männergesangsverein „Liedertafel“, darauf hinweisend, daß beide Vereine Hand in Hand gehen müssen, da beide Vereine am Ort dieselben hohen und hohen Zielen verfolgen. Die Hausdichterin der Deutschen Bühne, Frau Adelheit Busse, trug hierauf ein von ihr verfaßtes Widmungsgedicht vor, das viel Beifall auslöste. Walter Ritter jun. sprach hierauf begeistert im Namen der Mitglieder der Graudenzer Bühne, gleichzeitig dem geliebten und verehrten Vorsitzenden der Bühne Arnold Kriede als Festgeschenk einen goldenen Ring überreichend. Es folgten noch die Ansprachen des Vertreters der deutschen Handwerker, Malerobermeisters Arthur Puttins, des Graudenzer Ruderclubs durch den Vorsitzenden Fabrikbesitzer Rudolf Domke, der Landwirtschaft, vertreten durch Gutsbesitzer Leonhard Tyahrt und für alles übrige, besonders den hiesigen Sportklub und die Deutsche Fraktion im Stadtparlament durch Fabrikbesitzer Stadtrat Georg Düdau.

Hierauf verlas der Festordner des Abends, Bankdirektor Büttner, eine ganze Reihe eingelaufer Glückwünscheschreiben. Diesem sei auch gleich an der Stelle herzlicher Dank und Anerkennung für seine umsichtige Festleitung gesagt.

Ein gemütliches Tänzchen beschloß die Festfeier, die allen Teilnehmern unvergessliche Eindrücke hinterlassen haben wird und in der Geschichte der Deutschen Bühne als leuchtender Markstein das neue Jahrzehnt einleitet.

Apho. *

„Wenn die Blätter fallen....“

dann ist die Zeit da, wo mehr denn je Panflavin-Pastillen zu nehmen sind, um der Grippe wie überhaupt allen Erkältungen vorzubeugen. Insbesondere das Zusammensein mit anderen Personen erhöht die Ansteckungsgefahr und erfordert deshalb Schutz durch die wohlsmackenden Panflavin-Pastillen. Deshalb sollten auch Eltern ihren Lieblingen laufend die in jeder Apotheke erhältlichen Panflavin-Pastillen geben. 9688

Über christliche oder kommunistische Brüderlichkeit

sprach in der letzten Monatsversammlung der Ortsgruppe Graudenz des Verbandes Deutscher Katholiken in Polen im „Goldenen Löwen“ der Kandidat der Theologie Bruno Wesołowski, ein Kind unserer Stadt, der in Breslau studiert hat, zurzeit am Braunschweiger Priesterseminar. Der alte Sehnsuchtsruf der Menschen nach Verbrüderung, so begann Redner, hat in der Gegenwart nichts von seiner Gewalt verloren. Beim Christentum und dem Bolschewismus steht die Brüderlichkeit im Mittelpunkt ihrer Forderungen. Und doch, wie verschieden sind die Anschauungen, sind die Wege, die in beiden Lagern zu diesem Ziele führen. Das besondere Kennzeichen der kommunistischen Brüderlichkeit ist der Radikalismus, mit dem man dort die marxistische Lehre durchführen will. Radikal ist man auch in der Zielsetzung: Herrschaft nur des Proletariats; radikal in der Gewalt, da die „Bourgeoisie“ nicht anders zu gewinnen ist. Hindernis der Brüderlichkeit ist nach bolschewistischer Auffassung der persönliche Besitz. Ihn beseitigt er, verlangt Verzicht auf persönliche Anschauungen und Wünsche von Glück und Friede. Alles gehört der Allgemeinheit; der Einzelne bedeutet nichts, die Allgemeinheit alles. Alle Anschauungen über Gott, alle Bedürfnisse religiöser Art muss der kommunistische Mensch verbannen. Er ist Materialist, der nur die Arbeit verehrt. Ehe, Familie, Wissen und Bildung haben nur Sinn im Dienste der Gesellschaft. Dem Gegner gegenüber vertritt man die rein negative Einstellung: Lug und Trug sind erlaubte Mittel. Letztes Ziel ist

Auch das Christentum predigt eine Brüderlichkeit, will einen Radikalismus, aber nicht der Macht, sondern der inneren spirituellen Umstellung, damit Recht, Liebe und solidarische Zusammenarbeit unter den Menschen herrschen. Das Beispiel des Herrn, der auf Golgatha sein kostbares Leben für uns hingegeben hat, soll für jeden Christen Macht und Antrieb der Liebe sein. Gottes Gericht vereinst ist ein Gericht der Brüderlichkeit. Das Christentum schließt die Frage „Einzelmensch oder Gesellschaft“ aus, und betont grundsätzlich: Mensch und Gemeinschaft müssen zu einer Verständigung und Einheit gebracht werden. Die Grundlage der christlichen Brüderlichkeit ist die Demut, die soziale Demut, die dazu führt, den eigenen Standes- und Klassendünkel zu beseugen. Eine einfache Wahrheit scheint dies. Wäre sie aber verstanden, die läufige Phrase von der Herrschaft der eigenen Kaste – Proletariat oder Börse, Herr- oder Dienerhaft – würde endlich erledigt sein. Aus der Demut, die uns fragt lässt: Kannst du deinem Lassen oder Tun vor Gott, deinem Gewissen, deinem Mitbruder verantworten, folgt dann die praktische soziale Zusammenarbeit mit dem Mitmenschen, dessen soziale Gleichheit und Würde anerkannt werden muss. Kommt hierzu noch die Pflicht, für seinen Mitbruder Opfer zu bringen, dann ist unter den Menschen eine wahrhaft brüderliche Zusammenarbeit gewährleistet.

Aber werden das nicht schöne Träume bleiben? Was hat das Christentum denn bisher geleistet, daß wir seinem Ideal glauben können? Die schönste Verwirklichung sind die unsterblichen Werke der Caritas aller Jahrhunderte. Im Tische des Herrn ist der tiefste, heiligste Kommunismus, wie ihn Moskau nie verwirklichen kann. Christi Liebe verurteilt alle Sünden gegen die Brüderlichkeit, mögen sie aus der Härte des Kapitalismus, der Roheit des Klassenkampfes kommen. Christi Liebe will vor allem die inneren Hemmnisse wahrer Liebe forttragen: die Machtfürsternheit, den Bruderhaß und Bruderneid, die Selbstanbetung.

Der Vortragende erntete für seine warmherzigen, von überzeugungskraft getragenen Aufführungen Begeisterungen Beifall.

Das staatliche Eichamt von Einbrechern heimgesucht. In der Nacht zum Sonntag brachen einige bisher unentdeckte Diebe in das Tuschdamm (Tuszewska Grobla) 56 befindliche staatliche Eichamt ein. Sie durchsuchten das Bureau und stahlen eine eiserne Kassette mit einigen Hundert Zloty, sowie einige Schreibgeräte, worauf sie sich in unbekannter Richtung davomachten.

Als älteste Stadt Pommerells wurde von einigen Blättern Kartaus bezeichnet, und zwar aus Anlaß dessen, daß im verlorenen Monat seit Gründung dieses Ortes fünfthalb Jahrhundert verflossen seien. Die Behauptung der betreffenden Zeitungen entspricht aber nicht

den Tatsachen. Graudenz z. B. kann auf ein 640 jähriges Bestehen als Stadt zurückblicken, denn Graudenz erhielt schon 1291 Stadtrechte. Am 18. Juni des genannten Jahres hat der Landmeister des Deutschen Ritterordens in Preußen, Meinhard von Querfurt, im Hause Lippingen dem Komtur Günter von Schwarzbürg die Stadtkunde für die Bürgerschaft der neuen Ordensstadt übergeben. Graudenz ist somit 90 Jahre früher Stadt geworden als Kartaus. Trotzdem kann auch Graudenz nicht als die älteste Stadt Pommerells bezeichnet werden.

Mit der Fertigstellung des neuen städtischen Wohnhauses in der Brombergerstraße (Bydgoska) werden 32 weitere Wohnungen, 16 zwe- und 16 einzimmerige, zur Verfügung stehen. Die Zahl derer, die um diese neuen Bewohnerhäuser Gefüsse beim Magistrat eingereicht haben, ist erklärlicherweise sehr bedeutend. Die Behörde muß natürlich zunächst an diejenigen denken, die in Gebäuden wohnen, die infolge Baufälligkeit geräumt werden müssen. Das neue Wohngebäude wird im Laufe des nächsten Monats beziehbar sein.

Beim Schießen mit einer Pistole in den Kopf getroffen wurde von Włodzimierz Wroclawski der achtjährige Knabe Włodzimierz Knoff, Culmerstraße (Chełmńska) 66. Glücklicherweise ist dem Kind keine erhebliche Verletzung zugefügt worden.

Beim Spielen vom Banne gestürzt. Am Sonntag vergnügten sich auf einer neben der Garnisonkirche stehenden Bank mehrere Kinder im Alter von 8–10 Jahren.

Graudenz.

Obstbäume
Hochstämme, Buschbäume, Beerenobst

in besten Sorten zu billigen Preisen.

Thomas French.

Deutsche Bühne
Grudziądz
Sonntag, den 25. Okt.
um 15 Uhr:

Der zerbrochene Krug
Lustspiel von Heinrich von Kleist.

Im Anschluß daran
Wiederholung der Tiroler Tänze mit der Ausführung und vollständig Beleuchtung d. Oktoberfestes.
Einheitspreis 20 zl auf allen Plätzen
Schülerplätze 10 zl im Geschäftszimmer
Mala Grobliowa 5 (Ecke Mickiewicza 3).

Anfertigung von Damen- u. Herren-
wäsche
gleichzeit. Glanzplatten
b. E. Stuhle, Grudziądz,
Rynel 6, 1 Treppe.

Glaser-Arbeiten

führt aus Neubauer,
ul. Bentkiewicza 21. 9093

Vollendet, schon
Rundhaft
an. Brief. Meldq. unt.
II. 9549 a. d. Gesch.-St.
A. Kriede, Grudziądz.

DIANOS

vollendet, schon
in Ausführung
und Ton vielfach
prämiert

Pianofabrik
W. Jähne,

Bydgoszcz, 9170
Filialen: Grudziądz
Toruńska 17–19.
Poznań. Gwara 10.

Anfertigung von
Damen- u. Herren-
wäsche

gleichzeit. Glanzplatten
b. E. Stuhle, Grudziądz,
Rynel 6, 1 Treppe.

Kranz- u. Schloß-
tücher

sietz am Lager.

Kaufe jede Art
Selle
Held, Toruń,
9323 zw. Ducha 21.

Kranz- u. Schleife

freizeitig.
Kaufe gegen
Barzahl. Ang. m. Preis
an Jabel, Toruń, 9708
Kajim. Jagiellonczyka 8.

Bettwäsche

z. verh. Ang. unt.
II. 230 an Ann.-Exped.
Wallis, Toruń 9700

Justus Wallis

Bürobedarf — Papierhandlung

Toruń.

Gegründet 1853.

Deutsche Rundschau.

Dabei stieg der achtjährige Tadeusz Nynkowksi, Fettungsstraße (Forteczna) 21, auf einen Baum. In der Höhe von einigen Metern brach ein Ast, auf dem der Junge sich gerade befand, und infolgedessen fiel der Kleine auf den Erdboden hinunter, sich erhebliche Verlebungen sowie eine Gehirnerschütterung zuziehend. In bedenklichem Zustande wurde der Knabe ins städtische Krankenhaus gebracht. *

× In tiefste Finsternis getaucht war Sonnabend abend die Lindenstraße (Lipowa). Infolge Umsturzes eines gegenüber dem Restaurant "Tivoli" stehenden eisernen Trägers der elektrischen Leitung war nämlich Kurzschluß erfolgt. Die sofort begonnenen Ausbesserungsarbeiten dauerten bis in die späte Nacht hinein, so daß sowohl Straße wie Häuser während dieser Zeit ohne elektrisches Licht waren. *

× Ein gefährlicher Einbrecher festgenommen. Der Polizist gelang es, einen gewissen Bronislaw Weinert, Schlachthofstraße (Marutowicza) 12, zu verhaften und damit einen hervorragenden Fang zu machen. Denn dieser gefährliche Bursche hat in letzter Zeit so manchen läunigen Diebstahl verübt. So stahl er einem Reisenden aus dem Korridor eines großen Hotels zwei Koffer mit Stoffmustern und aus einer Werkstatt in der Kirchenstraße (Koscielna) eine Unzahl Gegenstände. Weiter kommt ein Einbruch bei Maćkowiak, Schlachthofstraße (Marutowicza) auf sein Konto, und auch die Verarbeitung einer Damengarderobe während einer Veranstaltung ist sein Werk gewesen. *

Thorn (Toruń).

Frauen im Kampf der Gegenwart.

Jahrestagung des Landesverbandes der evangelischen Frauenhilfen in Thorn.

Dass Thorn trotz schwieriger wirtschaftlicher Verhältnisse seine Tore für die Jahrestagung geöffnet hatte und dass die Kirchengemeinde ebenso wie die Frauenhilfe sich zur gastlichen Aufnahme bereit erklärt hatte, war ganz besonders dankenswert. Der Verlauf der Tagung zeigte, dass der Entschluss, die Tagung abzuhalten, richtig gewesen ist. Wir haben Tage innerer Sammlung und Stärkung erlebt. Am Vormittag sprach Generalsuperintendent D. Blau im Festgottesdienst von dem neuen Grund, Inhalt und Umfang der christlichen Liebe. Die Arbeitsverhandlungen sollten für die Frauenhilfsarbeit Wege weisen und den Vereinen zeigen, wie sie in dem Geisteskampf der Gegenwart ihre Aufgabe als evangelische Gemeindevereine erfüllen können. Von der stark durch unsere Zeit gehenden Bewegung des aus dem Freidenkerum hervorgegangenen Bolschewismus und dem durch ihn hervorgerufenen Kampf gegen allen Glauben und alle Religion hörtet wir in Vorträgen von Pfarrer Vic. Werdemann, dem Geschäftsführer des Gesamtverbandes der Frauenhilfen, und Pfarrer Schwerdtfeger. Frau Superintendent Hilde, die Vorsitzende des Landesverbandes, zeigte in einem Vortrag über eine Welt der Liebe die Überwindung des Hasses durch die im Glauben tätige Liebe. *

Zwei Gemeinden haben die versammelten eine zahlreiche und aufmerksam lauschende Zuhörerschaft. Im Rahmen des Gesamtplanes wurde das eine Mal über "Mutternot und Mutterhilfe" und das andere Mal vom "Kampf der Sowjets gegen die Kirche Christi" gesprochen. An beiden Abenden förderten anschauliche Bildergeschichten das Verständnis und verstärkten bei den Anwesenden den Eindruck des Gehörten.

Arbeitstagung und Lehrgang der Frauenhilfe boten Gelegenheit, die Frauenhilfsarbeit näher kennen zu lernen und haben ihr hoffentlich neue Freunde gewonnen und die alten zu treuer und zielbewusster Arbeit angeregt. Die Frauenhilfe vertritt mit ihren 120 Vereinen und etwa 6000 Mitgliedern in unserem Lande ein großes Teil der evangelischen Frauenwelt und ruft sie auch jetzt wieder zu neuer Arbeit am Aufbau und Ausbau des Gemeindelebens auf.

Schw. **

* Die Orchester-Abteilung des Vereins "Deutsches Heim" gab Sonntag nachmittag ihr zweites Unterhaltungskonzert in dieser Saison und zwar wiederum vor einem den ganzen Saal füllenden Publikum. Neben einigen früher bereits gespielten, aber immer wieder gern gehörten Piecen (z. B. Rosamunde-Ouvertüre von Schubert, Erstes Walzertotpourri von Robrecht, russisches Lieder-potpourri "Saschinka" von Schirrmann) brachte die Vortragsfolge als Hauptstück "Eine kleine Nachtmusik" von W. A. Mozart, sodann die Potpourris aus den melodischen Operetten "Wo die Perche singt" von Lehár und "Das Pensionat" von Suppé, das "Andante cantabile" aus Tschaikowsky Streichquartett, eine einschmeichelnde Serenade "Invano" von Amadei und ein exotisches Intermezzo "D' Rieto San" von Thurban. Als Einlage wurde der "Schätz-Walzer" aus dem "Böhmenerbaron" von Johann Strauss gespielt. Der Dirigent, Herr Janekiewicz, erfreute durch den Solovortrag des "Souvenir" von Ordla, der "Canzonette" aus dem Violinkonzert von Tschaikowski und der "Romanische Andalouse" von Sarasate, wobei ihn Herr Alfred Bach in bewährter Art auf dem Flügel begleitete. Das Konzert bewies, dass unser Liebhaber-Orchester straff an sich arbeitet und den Besuch, der ihm herzlich und langandauernd gespendet wurde, voll verdient hat. Die Kapelle dankte für den brausenden Schlussapplaus durch die Zugabe zweier alter Märkte. **

v. Die Mißbräuche in der Handwerkerklasse vor Gericht. Wie erinnerlich, wurden die Mitglieder der Handwerkerklasse, um den durch die verübteten Mißbräuche entstandenen Schaden zu decken, zur Zahlung von je 200 Zloty herangezogen. Einige Mitglieder lehnten jedoch die Zahlung ab und beantragten richterliche Entscheidung. In diesen Tagen kam diese Angelegenheit vor der Zivilkammer des Bürgergerichts zur Verhandlung. Im Laufe der Verhandlung stellte es sich heraus, dass die Zahlungsauforderungen auch an solche Personen verschickt wurden, welche gar nicht mehr Mitglieder der Handwerkerklasse waren. Das Gericht vertragte die Sache und setzte einen neuen Termin auf den 5. Nov. 12. November d. J. fest. **

v. In dem Brande in der Pfefferküchenfabrik von Herrmann Thomas erfahren wir noch, dass das Feuer durch Unvorsichtigkeit ausgetreten ist. Die Feuerwehr konnte nach kurzer Tätigkeit wieder abrücken. Der entstandene Schaden ist nur gering. **

v. Selbstmordversuch. Am Sonntag abend wurde in der Waldstraße (Slowackiego) in der Nähe des Elektrizitätswerkes eine jüngere Frauensperson bemerkt, die sich vor Schmerzen auf dem Erdboden wand. Die Erkrankte wurde nach dem Stadtkrankenhaus gebracht, wo ihr sofort ärztliche

Hilfe zuteil wurde, so dass ihr keine Lebensgefahr mehr droht. Es handelt sich um eine 21 Jahre alte kaufmännische Angestellte von der Culmer Chaussee, die in selbstmörderischer Absicht Tod zu sich genommen hatte. Die Beweggründe zu diesem unglückseligen Schritt sind unbekannt. **

* Spurlos verschwunden ist die bei Frau Marcela Oleśewka in der Fischerstraße (ul. Rybaki) 57 wohnhafte Rozalia Skrocka, die sich Sonntag mittag von Hause fortbegab und bis jetzt noch nicht zurückgekehrt ist. Die Polizei hat die Suche nach der Vermissten aufgenommen. **

* Zu dem Verschwinden des Briefpostzuges, über das wir neuerdings berichteten, teilt die Polizei mit, dass der Sack gestohlen wurde. Man fand ihn am Freitag unter Sträuchern bei Stawki (Stawki), das in der Nähe des Hauptbahnhofs (Toruń Przebemmiecie) liegt. Die Suche nach den Verütern des Diebstahls wird fortgesetzt. **

v. Tragischer Schuss durch das Fenster. Das Thorner Appellationsgericht verhandelte gegen Bronisław Bożzman aus Sarnowo, dem die Anklage die Erschießung des Franz Bagrowski vorwarf. Am 7. März vorigen Jahres lehrte einige Personen, die vom Jahrmarkt in Graudenz zurückkehrten, in das Gasthaus von Bialas in Rudnik ein. Dort erfuhr der Fleischer Matłowski den Angeklagten um Rückgabe des Handgeldes in Höhe von 100 Zl. Als Bożzman mit seinem Bruder heimlich die Heimfahrt antreten wollte, kamen Matłowski, Klimek und Bacharek auf ihn zu und hinderten ihn an der Abfahrt. Es entstand eine Schlägerei, in deren Verlauf Bacharek empfindlich verprügelt wurde. Nachdem alle nach Hause zurückgekehrt waren, begab sich Klimek mit Bagrowski gegen 8 Uhr abends zu Bożzman, um sich mit diesem über die Verprügeling seines Schwagers Bacharek auseinanderzusehen. Bożzman verriegelte bei ihrem Eintreffen die Wohnungstür, worauf diese gewaltsam in die Wohnung einzudringen versuchten. Da die Tür nicht geöffnet wurde, soll einer der Angreifer — gemäß den Aussagen des Angeklagten, dessen Frau und Sohn — zweimal mit einem Revolver gegen die Wand geschossen haben. Bożzman erwischte das Feuer, indem er einen Schuss durch das Fenster abgab, durch den Bagrowski in der Brust getroffen wurde. Der Schuss war tödlich. Der Getroffene schleppte sich noch bis zum Tor des Grundstückes, fiel hin und verschied. — Bożzman war im November vorigen Jahres vom Bürgergericht wegen fahrlässiger Tötung zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hatten sowohl der Staatsanwalt als auch der Angeklagte Berufung eingelegt. Das Appellationsgericht hob das Urteil der ersten Instanz auf und verurteilte den Angeklagten wegen unvorsätzlicher Tötung zu einem Jahr Gefängnis. **

Telegraphenfrevel.

* Śwież (Świecie), 19. Oktober. Bisher noch nicht ausfindig gemachte Täter zerstörten Sonntag vormittag in der Ortschaft Dubielno hiesigen Kreises eine Telephonleitung. Das eine Drahtende beschwerten sie mit einem Stein und warfen es sodann über die elektrische Hochspannungsleitung. Die Fernsprechbeamte Maria Czerwińska in Dubielno, die in diesem Augenblick gerade ein Telephongespräch hatte, wurde durch den plötzlich in der Leitung auftretenden elektrischen Strom glücklicherweise nur leicht verletzt. Die Motive zu dieser Tat, die unter den heutigen Umständen sicher unter das Standrecht fällt, sind unbekannt. Eine energische polizeiliche Untersuchung ist im Gange.

v. Culmsee (Chelmża), 19. Oktober. Bei der Familie Sarnecki ereignete sich ein tragischer Unglücksfall, denn das vier Jahre alte Kind zum Opfer fiel. Als man das Kind einen Augenblick unbeaufsichtigt in der Küche ließ, machte es sich an einem großen Kaffeekessel, der gerade vom Feuer genommen und auf den Erdboden gestellt worden war, zu schaffen, verlor das Gleichgewicht und stürzte in den siedenden Kaffee. Das Kind erlitt so starke Verbrennungen, dass es einige Stunden später unter entzündlichen Quallen verschied.

v. Culmsee (Chelmża), 19. Oktober. Ein Einbruchsschießahl wurde kürzlich in das in der ul. Kościuszki befindliche Geschäft von Gucalski verübt. Die Täter entwendeten mehrere Tafeln Schokolade, sowie einige Pfund Käse und entfanden mit ihrer Beute unerkannt. — Ein Kleider-schießahl wurde zum Schaden des Landwirts Kafar, wohnhaft in Bajaczlowo, verübt. Die Täter drangen am hellen Tage in die Wohnung und entwendeten eine größere Menge Kleidungsstücke. Die Einwohner hielten sich zur Zeit des Einbruchs auf dem Felde auf.

* Czerst, 19. Oktober. Schießerei zwischen Grenzbeamten und betrunkenen Personen. In den Abendstunden eines der letzten Tage kam es vor dem Rathaus zu einem Zusammenstoß zwischen Grenzbeamten und einigen betrunkenen Personen. Als die Grenzbeamten von den Trunkenbolden täglich angegriffen wurden, gaben sie zu ihrer Verteidigung einige Schüsse ab und verwundeten einen der Angreifer. Das Feuer wurde von der Gegenpartei erwidert. Die Angreifer wurden schließlich festgenommen und in das Konizer Gefängnis eingeliefert.

ch Konitz (Chojnice), 19. Oktober. Der Haus- und Grundbesitzerverein hielt am Sonnabend abend im Hotel Engel eine gut besuchte Sitzung ab. Betr. der Schornsteinfegerfrage wurde mitgeteilt, dass wohl der hiesige Kreisausschuss die Aufhebung der Kehrbezirke befürwortet hat, die Wojewodschaft sich jedoch ablehnend verhielt, ebenfalls das Ministerium. So wird der Verein an den hiesigen Kreisausschuss eine Eingabe um einstweilige Aufhebung der hiesigen Kehrbezirke machen und um Befreiung der Freistellen durch andere Schornsteinfeger bitten. Es wurde beschlossen, den Warschauer Verein zu ermächtigen, in dieser Angelegenheit Klage beim Obersten Verwaltungsgericht zu führen. Anstatt der zwei Kehrbezirke sollen bis zur Entscheidung 5 Kehrbezirke eingerichtet werden. Auf eine Eingabe beim Ministerium um Aufhebung des Mieterschutzgesetzes ist bisher keine Antwort erfolgt. Das Ministerium hat dem Sejm ein Projekt unterbreitet betr. Erhöhung der Mietsteuer von 7 auf 10 Prozent und der Lokalteuer von 8 auf 12 Prozent. Ein weiterer Antrag verlangt die Heraufsetzung des Mietzinses um 50 Prozent bei 1-2 Zimmerwohnungen und Aufhebung der Exmissionen in der Zeit vom 1. 10. bis 1. 4. jeden Jahres. Gegen diese Eingaben hat der Warschauer Hausbesitzerverein bereits am 17. Oktober eine große Protestversammlung abberaumt und auch der hiesige Verein wird in dieser Sache entsprechende Schritte unternehmen. Der Verein hatte an das Stadtverordnetenkollegium einen

Warten Sie nicht länger

sondern bestellen Sie noch heute die „Deutsche Rundschau“. Dadurch haben Sie die Gewähr, dass Ihnen die Zeitung pünktlich vom 1. November ab zugestellt wird. Bezugspreise am Kopfe der Zeitung vermerkt.

Antrag gestellt um Ermäßigung der zu Unrecht erhöhten Gebühren für Gas-, Wasser- und elektrische Bähler. Diese Angelegenheit wurde einstweilen abschlägig beschieden, da das Werk bei einer Ermäßigung der Gebühren nicht bestehen kann. Ferner wurde mitgeteilt, dass die Wegesteuer weiter gezahlt werden müssen, trotzdem entsprechende Entgelte gemacht wurden. Nach Erledigung einiger weiterer Fragen wurde die Sitzung geschlossen.

p Neustadt (Wejherowo), 19. Oktober. Auf dem letzten reichlich beschickten und gut besuchten Wochenmarkt wurde besonders sehr viel Kohl und Obst aus der Pułtizer Gegend zu wohlseilen Preisen angeboten und rege gekauft. Weißkohl brachte 0,10, Rotkohl 0,15—0,20, Blumenkohl je nach Größe 0,25—0,50, Rosenkohl 0,50, Wirsingkohl 0,20, Apfel 0,25—0,45, Birnen 0,25—0,80, Zwetschken 0,20—0,40, Dörrobst 0,60—0,80, Mohrrüben 0,20, Zwiebeln 0,20—0,25, Majoran Böh. 0,10—0,20, Petersilie Böh. 0,10 und mehr, Weintrauben 1,10—1,30, Zwischen Böh. 0,20, Kübis Pfund 0,10, Kartoffeln brachte der Bentner 2,50, Eier kosteten 2,30—2,50, Butter 1,80—2,30. Auf dem Fischmarkt brachten Ale 1,80—2,00, Räucherherr 4,50, Hähne 1,40, Barsche 1,00, Plöcke 0,60, Kaulbarsch 0,25, Lachs 4,50, Blundern 0,40—0,60, Pomfret 0,60, Räucherblundern 1,00—1,50, Quappen 0,40. Der Fleischmarkt brachte Kotelett 1 Kilogramm zu 2,50, Räucherlachs 2,80, Rohlachs 2,40, Kammitz 2,40, Bauchfleisch 2,10, Speck 2,40, Räucherspeck 2,70, Schmalz 4,00, Eisbein 0,60—1,40, Rindfleisch 2,80—3,00, Kalbfleisch 1,80 bis 3,00, Hammelfleisch 2,00—2,20. Fettgänse kosteten das Pfund 0,70—0,90, Enten 1,00—1,30, alte Hühner 2,50—3,50, Hühnchen 1,00—1,30. — Auf dem Schweinemarkt wurde eine Menge von Absatzerkelen angeboten, für die pro Stück morgens 10—15 Zloty gefordert wurden.

Nienenburg (Nowe), 19. Oktober. Von sel tener Lebensdauer und körperlicher wie geistiger noch großer Rüstigkeit ist der in Sprindt unweit Nienburg wohnhafte Besitzer Rabe in einem Alter von soeben vollendeten 95 Jahren. R. ist zum dritten Male verheiratet und besitzt aus erster Ehe 6, aus zweiter Ehe 15 Kinder. Seine jetzige dritte Frau hat er mit 50 Jahren geheiratet, die ihm noch einen Sohn und eine Tochter schenkte. R. mäht heute noch seine Wiese selbst ab und kann auch noch verhältnismäßig gut sehen und hören. Ein Bruder des R. in Deutschland zählt bereits 97 Jahre.

y. Strasburg (Brodnica), 19. Oktober. Auf dem heutigen Wochenmarkt wurden nachstehende Preise gezahlt: Butter 1,50—1,70, Eier 1,90—2,10, Hühner 2,00—3,00, Suppenhühner 2,50—3,50, Enten 2,50—3,00, Gänse 5,00—7,00, Puten 8,00. Auf dem Gemüsemarkt zahlte man für Weißkohl 0,05 bis 0,15, Rotkohl 0,15—0,25, Wirsingkohl 0,10—0,20, Mohrrüben 0,15, Zwiebeln 0,25, rote Rüben 0,15, Blumenkohl 0,50—1,00, Apfel 0,20—0,80, Birnen 0,35—0,60, Kartoffeln 2,00—2,50 der Bentner. Auf dem Fleischmarkt waren die Preise unverändert. Der Fischmarkt brachte Hähne mit 1,60, Ale mit 1,80, Barsche mit 1,00, Schleie mit 2,00 und kleine Brat- und Suppenfischchen mit 0,50 das Pfund. — Auf dem Schweinemarkt zahlte man für fette Schweine 55 bis 70 Zloty pro Bentner. Ferkel brachten je nach Alter und Größe 20—25 Zloty das Paar.

h. Soldau (Działdowo), 19. Oktober. Ein Unfall ereignete sich in diesen Tagen auf der Eisenbahnstation Ilowo (Ilowo). Der Eisenbahnarbeiter Johann Kruszewski belud einen Wagen mit Steinkohlen. Bei der Arbeit erlitt er einen Armbrech. R. wurde ins Krankenhaus eingeliefert.

y. Ans dem Kreise Soldau (Działdowo), 19. Oktober. In Kisiny brannte das Wohnhaus des Landwirts Adolf Kerzanowski niederr. Dank dem energischen Eingreifen der Soldauer Freiwilligen Feuerwehr konnte das Feuer auf seinen Herd beschränkt werden. — Der Landwirt Otto Keranowski fuhr mit seinem Gespann, begleitet von einem Fohlen, von einer Feldarbeit nach Hause. Auf der Chaussee begegnete ihm ein Motorrad mit Beiwagen, dem Klempnermeister R. Sawadzki gehörig, der Beifahrer war der Polter Dr. Bartkowski aus Soldau. Die Motorradfahrer stießen in voller Fahrt mit dem sich ihnen auf einmal entgegenstellenden Fohlen zusammen und stürzten. Während der Beifahrer mit geringen Verletzungen davon kam, musste Sawadzki in das Soldauer Krankenhaus überführt werden, woselbst er nach zwei Tagen an den Folgen eines Schädelbruches verstarb. — In Mrocno brachen des Nachts Diebe in die Wohnung des Landwirts R. Kotowicz ein, und zwar wählten sie hier den etwas ungewöhnlichen Weg durch das Dach. Sie ließen mitgehen: einen großen Fahrrad, eine Pelzjacke, eine Anzüge und Kleider und ca. 80 Pfund geräucherten Speck im Werte von ca. 1500 Zloty. Von den Spitzbüben fehlt jede Spur.

z. Tuchel (Tuchola), 19. Oktober. Die hiesigen landwirtschaftlichen Vereine haben beschlossen, durch freiwillige Abgabe von Naturalien zur Förderung der Arbeitslosennot in diesem Winter beizutragen, und zwar soll jeder Landwirt, der besseren Boden besitzt, pro Morgen ein Pfund Getreide und fünf Pfund Kartoffeln für diesen wohltätigen Zweck abliefern. — Im Rathaus der Stadt Tuchel wurde am vergangenen Sonntag das Heimatmuseum feierlich eröffnet. Ausgrabungen haben in den letzten Jahren eine Menge von Urnen, Münzen, Gerätschaften jeglicher Art aus Tageslicht gefördert. Die Tucheler Heide ist sehr reich an Urnengräbern.

* Zempelburg (Sepólów), 19. Oktober. Das Großfeuer auf dem Gute Komierowo hiesigen Kreises ist den polizeilichen Untersuchungen zufolge durch Funkenflug aus der Lokomotive während des Dreschens entstanden. Der Schaden wurde anfänglich mit 500 000 Zloty angegeben, beläuft sich aber genannten Schätzungen zufolge nur auf 280 000 Zloty.

Deutschlands Kampf gegen Valuta-Dumping.

Der deutsche Export nach dem Pfundsturz.

Noch immer herrscht völlige Unklarheit darüber, welchen Weg England in seiner Währungspolitik einzuschlagen gedenkt. Eine Entscheidung, d. h. eine erneute Stabilisierung, dürfte voraussichtlich erst nach den Wahlen fallen. Sie ist also nicht vor Anfang November zu erwarten. Neuerdings ist ein Plan aufgetaucht, die drei Währungen, Pfund, Dollar und Frank gemeinschaftlich zu stabilisieren und in eine feste Relation zueinander zu sehen. Man glaubt auf diese Weise ein internationales Währungsgerüst von unerschütterlicher Festigkeit zu schaffen.

Bei diesem Projekt handelt es sich demnach nur um eine andere Form der schon in Vorschlag gebrachten Weltwährung. Es stellt, wie zahlreiche andere Vorschläge nur Zukunftsmusik dar.

Biel wesentlicher ist es für Deutschland, sich mit den Problemen zu befassen, die durch die Pfundkrise akut geworden sind, d. h. mit der verschärften Konkurrenz des englischen Außenhandels mit dem deutschen. Unzweifelhaft ist, daß für einen vorläufig noch nicht übersehbaren Zeitraum die englische Konkurrenzfähigkeit stark gestiegen ist, da im Augenblick ein Valuta-Dumping von rund 20 Prozent besteht. Dies gilt natürlich nur so lange, bis sich die Inlandspreise der neuen Pfundbewertung angeglichen haben. Man glaubt in England, die innere Kaufkraft des Pfundes erhalten zu können. Nach den Erfahrungen, die andere Länder mit der Inflation gemacht haben, kann es sich hierbei doch nur um einen eng begrenzten Zeitraum handeln. Während dieser Wochen oder vielleicht sogar Monate wird die deutsche Industrie zum Teil das englische Valuta-Dumping sehr schwer zu spüren bekommen. Die größten Befürchtungen muß man natürlich in bezug auf das Kohlengeschäft hegen, da die nunmehr erheblich billiger gewordene englische Kohle die deutsche leicht zu verdrängen vermag. Doch wird man sich hüten müssen, allzu angstlich die Folgen der Pfundkrise für Deutschlands Ausfuhr zu beurteilen. Das Institut für Konjunkturforschung hat eine interessante Zusammenstellung über die englische und deutsche Ausfuhr gebracht, aus der zunächst einmal die verschiedenen Struktur der Exportinteressen beider Länder hervorgeht. Im Laufe der letzten fünf Jahre ist es Deutschland gelungen, seinen Anteil an der Ausfuhr nach den europäischen Ländern erheblich zu steigern, und zwar um mehr als das Doppelte. Dabei muß jedoch berücksichtigt werden, daß zum Vergleich die Jahre 1925 und 1930 herangezogen worden sind, woher sich im vorigen Jahr die Preisherabsetzungen noch nicht in vollem Umfang geltend machten. Deutschland exportierte nach den europäischen Ländern 1930 für 9.877 Millionen gleich rund $\frac{3}{4}$ seines Gesamtexports, während England nur für $4\frac{1}{2}$ Milliarden exportierte, das ist etwa $\frac{1}{3}$ seines gesamten Exports. Andererseits liegt das Hauptinteresse Englands am überseeischen Export, der für Deutschland erst in zweiter Linie kommt und der dreimal so hoch ist wie der deutsche. Schon allein diese Feststellung ergibt, daß Deutschland ganz andere Warentypen geprägt hat als England; ging sein Export doch nach Ländern, deren Industrialisierungsprozeß schon weit fortgeschritten ist, so daß es nur durch seine Qualitätsmerkmale konkurrieren konnte, während England noch immer in bedeutendem Umfang Massenware exportierte.

Schon hieraus geht hervor, daß die Preisgestaltung allein nicht ausschlaggebend für die Exportmöglichkeit ist, da bei Qualitätswaren nicht der Preis allein von entscheidender Bedeutung ist. Würde der englische Valutavorsprung eine auf einen längeren Zeitraum anhaltende Erscheinung sein, so bestünde natürlich die Möglichkeit, daß eine grundlegende Umstellung des englischen Exports eintritt. Das erscheint aber ganz ausgeschlossen, zumal in einem solchen Falle die deutsche Industrie zu weitgehenden Gegenmaßnahmen greifen müßte und würde.

Bedenklicher liegen die Verhältnisse, wie bereits erwähnt, bei der Konkurrenz der englischen Kohle mit der deutschen, besonders da eine Preisangleichung noch längere Zeit dauern dürfte. Ebenfalls wird die Eisenindustrie Deutschlands, die schon vorher mit der englischen in schwerem Konkurrenzkampf lag, betroffen, wenn auch insofen hier die Verhältnisse etwas günstiger liegen, da die Verschiedenheit der exportierten Produkte eine durch das Valuta-Dumping bedingte rasche Umstellung verhindern. Das gilt

in noch höherem Maße von der Textilindustrie. Hier suchen sich Deutschland und England schon seit längerer Zeit aus dem Wege zu gehen. England spezialisierte sich für Baumwollwaren, Deutschland für billige Wollwaren. Wenig Besorgnis hat man bei der Maschinenindustrie, weil hier die Qualität der Erzeugnisse eine vielleicht noch größere Rolle spielt als die Preisgestaltung, und außerdem auch dadurch ein gewisser Exportaufschwung gewährleistet wird, da für die bereits gekauften deutschen Maschinen nach wie vor Ersatzteile aus Deutschland bezogen werden dürfen. Für andere wichtige Industriezweige wie für die chemische Industrie, für elektrotechnische Erzeugnisse gilt das Gleiche. Solange das Valuta-Dumping anhält, ist mit verschärfter englischer Konkurrenz zu rechnen; doch wird im Augenblick der endgültigen Stabilisierung des Pfundes wieder ein natürlicher Preisausgleich eintreten, sodaß dann die Konkurrenzbedingungen die gleichen sein werden wie vor der englischen Pfundkrise.

Eine endgültige Klärung kann jedoch erst dann eintreten, wenn die schweren Währungsschüttungen, von denen, ausgehend von der Pfundswäche, die nordischen Devisen betroffen wurden, unter denen der österreichische Schilling ins Wanken geraten ist und sich nunmehr sogar ein Disagio zwischen Golddollar und Papierdollar ergeben hat, beseitigt sind.

J. S.

Eine kleine Erinnerung.

Zu dem in unserer letzten Sonntags-Ausgabe besprochenen Aufruf des nationaldemokratischen Komitees, in dem vor einem Verlauf von Grund und Boden an Deutsche gewarnt wird, schreibt das Regierungsorgan, die Warschauer "Gazeta Polska":

"Wissen sich die Herren, die den Aufruf unterzeichnet haben, nicht auf die verschiedenen Aufrufe zu beenden, die sie seinerzeit (in den Jahren 1920–22) gegen die Polen aus Kongresspolen gerichtet haben: ihnen, d. h. den Deutschen aus Kongresspolen, kein Land zu verkaufen und es lieber in deutscher Händen zu belassen; denn diese sind doch Hiefige!"

Diese kleine Erinnerung ist gewiß sehr zeitgemäß; aber es ist nicht das Einzigste, was die Posener Herrschaften inzwischen vergessen haben. Was ist den Deutschen in der ersten Zeit nicht alles verprochen worden, als man sie für die reibungslose Überleitung des Landes an Polen nötig brauchte.

Man versprach ihnen goldene Berge.

Und was davon wurde gehalten?

Aus den Leuten, welche die hiesigen Deutschen als "Einherrn" betrachten und behandeln zu wollen sich den Anschein geben, sind die appetitlustigsten Deutschenfresser geworden. Der preußisch-deutsche Politik vor und nach dem Kriege wirft man immer bezüglich des Polentums Aussrottungstendenzen vor; nun, niemals und nirgends hat die preußisch-deutsche Politik Tendenzen an den Tag gelegt, die sich auch nur annähernd mit den Entdeutschungsbestrebungen der polnischen Nationaldemokratie, die ihren Hauptstützpunkt in den Westgebieten hat, vergleichen lassen. General Sikorski hat als Ministerpräsident den Entdeutschungsprozeß zum Leitmotiv seiner Regierung erhoben, und seine Trabanten in der Nationaldemokratie gehen noch weiter, indem sie offen und unverblümmt Gesetze wie die Agrarreform in flagrantem Widerspruch zu internationalen Verträgen als Hilfsmittel zur Entdeutschung des Landes in Anspruch nehmen.

Bei aller Dickehäufigkeit fühlt sich die Nationaldemokratie durch die obige Erinnerung der "Gazeta Polska" doch anscheinend empfindlich getroffen, denn dem "Kurier Poznański" scheint durch die Notiz des Regierungsblattes die Sprache verschlagen worden zu sein; es stammelt als Antwort nur, seine Leser würden selbst entscheiden, worüber man sich bei der Bemerkung der "Gazeta Polska" mehr wundern müsse; über die Niedertracht oder über die Dummheit. —

Aus diesem Gestammel ist ersichtlich, daß der Hieb aus Warschau gefessen hat. Er ist nur deshalb für uns recht wertlos, weil wir vom BB. keinen Deut besser behandelt werden als vom ND.

Die Gänse der Radziwills.

(Von unserem ständigen Warschauer Beirichtersteller.)

Die Wochenschrift "Piaś", das Organ des Abg. Witos, bringt eine sehr interessante Mitteilung über das großzügige Gänsegeschäft, das der Fürst Janusz Radziwill betreibt, der Mann, welcher von den besten Kennern des heutigen Polens als der eigentliche Drahtzieher der ganzen Wirtschaftspolitik der Regierung (wenn von einer planmäßigen Wirtschaftspolitik überhaupt die Rede sein kann) angesehen wird. Die genannte bürgerliche Wochenschrift schreibt:

"Die Fürsten von der Dynastie des mächtigen Geschlechts der Radziwill hatten verschiedene Liehabereien. Es gab solche, die in die Schweden verliebt waren, andere hingen ihr Herz an die Preußen, der lustige Karol Radziwill, „Panie Kochanku“ genannt, fand sein Gefallen an Bären, welche er in Smorganie tanzen lehrte, der jetzige Ordinats herr von Nieswiez schwärmt für den Brester Kostek (den Obersten Kostek-Biernacki, den jetzigen Wojewoden von Nowogródek), „unser“ Fürst Janusz Radziwill fasste eine Leidenschaft zu . . . den Gänzen."

Da er nun einmal der Präses der auswärtigen Kommissionen des Sejm ist, nahm er sich das Schicksal der Gänse, welche ins Ausland ausgeführt werden, zu Herzen.

Diese "Gänse-Politik" traf mit dem übrigens berechtigten Streben der landwirtschaftlichen Kreise nach einer Standardisierung unseres Auslandsexportes zusammen, dem Bestreben, eine Qualitätsartigung der ausgeführten landwirtschaftlichen Produkte zur Erlargung einer guten Bewertung und eines guten Preises für die Artikel unseres Exports auf den ausländischen Märkten zu sichern.

Dieses Ziel soll erreicht werden durch die Auflegung eines hohen Zolls auf den Export, in diesem Fall auf die Gänse, nämlich je 10 Złoty pro Stück; ein Zoll, von dem jedoch die gegen Ausfuhrzeugnisse des Industrie- und Handelsministeriums exportierten Gänse frei sind. Diese Bezugnisse bekommt aber nur das vom Ministerium anerkannte Gänse- und Geflügel-Exportsyndikat,

das auf diese Weise das Exportmonopol für Gänse hat ebenso wie sich bezüglich des Vorstenviehs und Rindviehs das Monopol in den Händen des Verbandes der Vieh- und Vorstenvieh-Exporteure befindet).

Für dieses Geschäft fasste Fürst Janusz Radziwill ein Interesse und — damit das Monopol vollständig sei —, ist er auch mit dem größten Abnehmer polnischer Gänse, mit Deutschland, ins Einvernehmen getreten und sicherte sich den ausschließlichen Anlauf der Gänse durch ein ähnliches deutsches Syndikat, welches dafür dem polnischen Syndikat eine Provision für jede Gans zahlt.

Da der Anstand es dem Fürsten Janusz als Abgeordnetem und noch dazu als „unparteiischem“ Abgeordneten aus dem BB-Klub, nicht gestattete, in diesem Geschäft zu figurieren, führte er in die Stellung des Präsidenten des Verbandes der Gänseexporteure einen anderen Radziwill ein, nämlich den Fürsten Franciszek Radziwill.

So gelangten die polnischen Gänse unter die Herrschaft der Dynastie der Radziwill, welche die Gänsepreise auf dem Inlandsmarkt bestimmen, da sie das Exportmonopol haben.

Dass es den Radziwills und dem Syndikat wohlgeht, unterliegt keinem Zweifel, wie aber dabei die kleinen Landwirte, welche die hauptfächlichen Bücker des Geflügels sind, zu stehen kommen, ist ebenfalls bekannt; denn man weiß, wie jetzt die Gänsepreise aussehen. Das ist ganz dieselbe Geschichte, wie bei den Vorstenviehpriisen.

So wenden sich die besten Verordnungen, die die Hebung des Exportwertes der ländlichen Produkte bezeichnen, mit ihrer Spitze anstatt gegen die unehrlichen Händler, gegen den Bauer.

Aber die Radziwills sind mit der Sanacja zufrieden und veranstalten Bankette für die Kosteks aus Brest.

Die "Gazeta Warszawska" versteht diese interessante Darstellung des Gänsegeschäfts der Radziwills mit folgender Bemerkung: "Gänse haben schon einmal eine historische Rolle gespielt, indem sie Rom retteten. Jetzt retten sie, wie wir sehen, nicht ohne Erfolg die Finanzen der Fürsten Radziwill."

Der neue Posttarif.

Gültig ab 15. Oktober 1931.

Art der Sendung	In- land	Nach poln. Post u. Kreis- u. Danzig	Verkehr nach dem Auslande	
				Groschen
Briefe.				
Briefe bis 20 g	35	30	bis 20 g 60, für jede weitere 20 g 30.	
über 20 g bis 250 g	65	60		
über 250 g bis 500 g	85	80		
Briefe im Ortsverkehr bis 20 g	15			
			Briefe nach Öster- reich, Tschecho- Slowakei, Ungarn und Rumänien bis 20 g 50, jede weitere 20 g 30.	
Gebühr für Einschreibebriefe	65	60	60	
Expressbriefe	80	80	100	
Nachnahmgebühr	60	60		
Postkarten.				
Einfache Karten	25	20	35	
Karten mit Rückantwort	50	40	Nach Österreich, Tschechoslowakei Rumänien, Ungarn 30.	
Karten im Ortsverkehr	10			
Drucksachen				
bis 25 g	10	5	Für jede 50 g 10 (Höchstgewicht 2 kg).	
über 25 g bis 50 g	15	10		
über 50 g bis 100 g	20	15		
über 100 g bis 250 g	30	25		
über 250 g bis 500 g	55	50		
über 500 g bis 1000 g	65	60		
Warenproben				
bis 250 g	25		Für jede 50 g 10, mindestens 20, (Höchstgewicht 500 g, Größe wie im Verkehr mit dem In- land.)	
über 250 g bis 500 g	50			
Geschäftsbriefe				
bis 250 g	25	25	Für jede 50 g 10, mindestens 20, Drucksachen oder Warenprob. be- steht, in anderem Falle mindestens 60 (Höchstgewicht 2 kg).	
über 250 g bis 500 g	50	50		
über 500 g bis 1000 g	60	60		
Gemischte Sendungen				
bis 250 g	25	25		
über 250 g bis 500 g	50	50		
über 500 g bis 1000 g	60	60		
Wertbriefe.				
Wertbriefe im Privatverkehr wie für Einschreibebriefe entsprechenden Gewichts und Gebühr für die Wertdeclaration für jede 100 g oder einen Teil davon bei offen aufgegebenen Briefen	30	30		
Außerdem Zuschlag ohne Rücksicht auf Gewicht und Summe	10	10		
Bei Wertbriefen nach Danzig Ein- schriftegebühr für jede 300 g Versicherungsgebühr für jede 300 g	60	50		
Wertpaletten.				
Wertpaletten (außer Gewicht) je 100 g Manipulationsgebühr bis zu 100 g über 100 g	10	20	10	
			Gewicht wie bei gewöhnlich Pa- letten zu bezahlen, außer für jed. 300 Franken 50 Centimes und 50 Cent. Zuschlag.	
Postanweisungen.				
Postanweisungen bis 10 g	20			
" 25	35			
" 50	50			
" 100	70			
" 250	95			
" 500	135			
" 750	180			
" 1000	220			
" 1250	255			
" 1500	290			
" 1750	325			
" 2000	355			
Zuschlag				

Wirtschaftliche Rundschau.

Getreidemarkt der Woche.

Der inländische Getreidemarkt stand in der Berichtswoche (12. 10. bis 17. 10.) ganz im Zeichen eines mäteren Angebotes. Zunächst war dieses zurückhaltende Angebot auf Gründe natürlicher Art zurückzuführen. Das sonnige Herbstwetter war für die Landwirtschaft in der beschleunigten Fortführung der Feldarbeiten vorteilhaft und hat demnach für Verladungen und Transporte hindern gewirkt. Nicht unerheblich war die gleichzeitige Bekanntgabe der Ernteergebnisse, die für die neue Getreidecampagne weit geringere Vorräte vorausgesagt, als dies zunächst zu befürchten stand. Zugleich bestätigten sich die Nachrichten, daß einige mittel- und südeuropäische Länder schwache Roggen-, Weizen- und Gerstenraten zu verzeichnen haben. Den letzten Meldungen aus amtlichen Quellen zufolge werden die noch vorhandenen alten Roggenvorräte und die diesjährigen Ernteergebnisse nur den Bedarf des einheimischen Konsums decken. Der Roggenexport dürfte für die Preisgestaltung nicht von so ausschlaggebender Bedeutung sein wie im Vorjahr.

Trotz der unverändert gebliebenen Nachfrage zeigte die Preisgestaltung nur eine Befestigung, eine wesentliche Preiserhöhung war lediglich in Warschau zu verzeichnen. Die Durchschnittspreise für Roggen lagen in Posen bei 21–22 Zloty, in Lemberg bei 21 Zloty. Weizen war uneinheitlich und zeigte an den einzelnen Getreidebörsen Polens größere Preisunterschiede. Besonders schwach lag Weizen in Posen bei einem Durchschnittspreise von 20 Zloty für den Doppelzentner. Warschau notierte durchweg 24 Zloty, für Sammelweizen 23 Zloty. Lemberg notierte im allgemeinen die Posener Preise. Weit ausgleichendere Preise wies Gerste auf. Braunerste brachte in Posen und Warschau 24–25 Zloty. Für gute Ware besteht starke Nachfrage und vorteilhafte Exportmöglichkeit. Für Hafer war der Geschäftsvorlehr am Inlandsmarkt uneinheitlich. Posen und Warschau notierten für einwandfreien Hafer 21 bzw. 22–23 Zloty.

Der europäische Getreidemarkt ist im Vergleich zu den vorhergehenden Wochen wesentlich fester geworden. Der Berliner Getreidemarkt hielt angesichts der politischen Unklarheit, die sich durch die Reichstagsdebatten und die Angriffe auf den Ernährungsminister Schiele entwickeln, sehr mit dem Angebot zurück. Zunennenswerten Preischwankungen kam es jedoch nicht. Märkischer Weizen wurde mit 214–217 für die Tonne umgesetzt, Futterweizen mit 193, Roggen (72–73 kg) mit 185 im Durchschnitt. Das Angebot hat sich gegen das Wochende hin kaum verstärkt. Die Nachfrage rückt aber ebenso in eine abwartende Haltung. Die Grundstimmung blieb jedoch fest und ruhig. Gerste war von draußen stark angeboten und schwer verkäuflich.

Eine Ab schwächung des Getreidemarktes war nicht zu beobachten, höchstens eine ruhigere Tendenz, aus der eine Furcht vor kommenden Preisnachlässen nicht zu schöpfen war. Hamburg, der europäische Ausläufer der Überseemärkte, notierte (bfl. je 100 kg): Weizen Manitoba I 6,25 (Oktoberlieferung 6,15), II 5,85 (Oktober 5,80), Hardwinter 5,05.

Liverpool und Chicago haben keine nennenswerten Preisveränderungen erfahren, die allgemeine Grundstimmung war hier abwartend.

Tauschhandel-Projekte.

Deutschen Blättermeldungen zufolge soll Argentinien den Plan gefaßt haben, Deutschland die Lieferung von Getreide, Fleisch, Häuten und Baumwolle im Tausch gegen Maschinen anzubieten. Einmal soll es sich dabei um landwirtschaftliche Maschinen und Materialien für den Ausbau des Straßen- und Eisenbahnnetzes und zum anderen um die Errichtung von etwa 700 Getreidesilos handeln. Nach den argentinischen Meldungen sollen bereits vor einiger Zeit Vertreter der argentinischen Genossenschaften mit der deutschen Industrie wegen einer solchen Warenaustauschtransaktion in Verbindung getreten sein. Auf deutscher Seite habe man sich jedoch sehr zurückhaltend gezeigt, und zwar, wie man glaubt, wegen der deutschen agrarpolitischen Interessen.

Sowohl festgestellt ist, ist bei den in Frage kommenden Kreisen der deutschen Industrie und auch bei den zuständigen Regierungsstellen von derartigen Besprechungen nichts bekannt. Man ist geneigt, die argentinischen Pressemeldungen für einen Versuchsalton zu halten.

Das Geschäft des deutsch-brasilianischen Tauschhandels mit Ruhrkohle und Kaffee scheint ebenso aussichtslos zu werden. Wie der "Bos. Btg." aus Newark gefunckt wird, hat man nach einer Meldung der "New York Times" aus São Paulo das Projekt, Ruhrkohle gegen Brasilkaffee auszutauschen, endgültig fallen lassen. Maßgebend für diesen Umstandung sollen Proteste der Kaffee-Pflanzer gewesen sein, welche befürchteten, daß der Austauschkaffee in Deutschland zu einem Druck auf die Kaffee Preise, ja zu einem förmlichen Dumping benutzt werden könnte.

Umschüttgang des polnischen Getreideexportbüros.

Als im Juli d. J. nach Ablauf des deutsch-polnischen Getreideabkommen ein polnisches Getreideexportbüro mit dem Sitz in Posen und einer Zweigstelle in Danzig gegründet wurde, wurde diese Neugründung von einem großen Teil der maßgebenden polnischen Presse als ein bedeutender Schritt zur Selbstständigung und Vergrößerung des polnischen Getreideexportes bezeichnet. Man behauptete damals, daß der polnische Roggenhandel durch die deutsch-polnische Roggenkommission stark befähigt worden war und hier eine Besserung nach Auftreten des deutsch-polnischen Roggenabkommen und Gründung des selbständigen polnischen Getreideexportbüros erfolgen dürfe.

Tatsächlich ist die Entwicklung jedoch andere Wege gegangen. Vor einigen Tagen fand in Danzig unter Leitung des Präsidenten Plucinski eine Sitzung des Aufsichtsrates des polnischen Getreideexportbüros statt, auf der die bisherige Tätigkeit des Büros besprochen wurde. Wie aus dem gehaltenen Bericht hervorgeht, ist der polnische Getreideexport zu Beginn des laufenden Erntejahres ganz bedeutend geringer gewesen, als zu derselben Zeit des Vorjahrs. Die Roggencinfuhr aus Polen haben selbst so bedeutende Abnehmer polnischen Roggens, wie Dänemark und Holland, stark eingestellt und bevorzugten zu Futterungsmaßnahmen Mais. Unter diesen Umständen hat das polnische Getreideexportbüro seit seinem Bestehen, d. h. in den Monaten August und September d. J., lediglich 81725 To. Roggen und 3880 To. Weizen abgeführt können. Besonders gering war der Roggenexport im September, und das Bureau verkaufte lediglich 2290 To. Roggen, wovon 1830 To. nach der Tschechoslowakei, 200 nach Dänemark und 200 nach Schweden abgeflossen sind. Auch an Weizen wurden im September nur 855 To. verkauft, davon nach Holland 205, nach Dänemark 600 und nach Belgien 50 To.

In Anbetracht dieser minimalen Ergebnisse wurde auch die Möglichkeit einer Auflösung der Danziger Zweigstelle des polnischen Getreideexportbüros erwogen. Der Aufsichtsrat hat sich allerdings für die Aufrechterhaltung dieser Stelle entschlossen. Man will sich an die Teilhaber wenden, die die notwendigen Mittel zur Aufrechterhaltung des Büros hergeben sollen. Im Falle eines völligen Ausfalls des Exportes soll das Budget des Büros weiter verringert werden.

Diskontierung in Schweden und Norwegen.

Die schwedische Nationalbank in Stockholm hat ihren Diskontsatz von 7 auf 6 vom Hundert ermäßigt. Ebenso hat die norwegische Nationalbank die Diskontrate von 7 auf 6 herabgesetzt.

o. Geld für den Bau von Brücken. Vor einigen Monaten haben englische Finanzunternehmen polnischen Brückenbauunternehmen einen Kredit zum Bau von Weißseeburgen in Höhe von 200 000 Pfund Sterling zugesichert. Von diesem Kredit sind bisher etwa 80 000 Pfund Sterling eingegangen. Eine weitere Rate wird Ende d. Monats erwartet. Die Verteilung der Kredite ist durch das geldgebende englische Bankenkonsortium wie folgt vorgesehen worden: 183 000 Pfund Sterling erhält die Firma Budz, die restliche Summe ist auf die Firma Zielenerwi und die Königs- und Laurahütte verteilt worden.

o. Polens Clearingverkehr im September d. J. Der polnische Clearingverkehr im September d. J. zeigt gegenüber dem Vormonat eine Zunahme auf. Insgeamt wurden rund 70 000 Ausweisungen über 593 Millionen Zloty gezahlt, wovon 50% Prozent verrechnet wurden. Im August betrug die Zahl der Ausweisungen 76 000, die Summe 581 Millionen Zloty, zur Berechnung gelangten 54,9 Prozent.

Standardisierungsgesetz für die landwirtschaftliche Ausfuhr.

(Von unserem Warschauer Wirtschaftskorrespondenten.)

Unter den vielen neuen Gesetzen, die von der Regierung bereits fertiggestellt wurden und nunmehr dem Sejm zur endgültigen Annahme vorliegen, befindet sich auch ein Gesetz über die Standardisierung der Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte. Im Interesse des polnischen Exports ist die Vorlage eines solchen Gesetzes durchaus zu begrüßen. Die Standardisierung ist im internationalen Warenaustausch ein allgemein gültiger Faktor geworden. Besonders in den Nachkriegsjahren hat sie in fast allen Exportstaaten einen derartigen Umfang angenommen, daß diejenigen Staaten, die beim Export für sich derartige Vorschriften nicht eingeführt haben, überall in der Hintergrund gedrängt werden. Zum Teil finden sie nur Abnehmer für Rohmaterialien, die dann in anderen Staaten verarbeitet werden und als Standardware dieser Staaten ihren Weg weiter nehmen. Den größten Gewinn zieht aus einem solchen Export naturgemäß immer der verarbeitende Staat. Im übrigen ist die Standardisierung nicht nur bei den meisten Exportstaaten ein allgemein brauchliches Gesetz, sondern auch bei den meisten Importstaaten. Überwiegend führen die einzelnen Länder zum mindesten in bevorzugtem Maße, größten Teils aber nur grundsätzlich Standardwaren ein.

Es gibt kaum noch einen bedeutenden Exportstaat, der bei der Ausfuhr seiner Produkte nicht Standards eingeführt hat. Die größte Zahl von Standards für die Ausfuhr gibt es gegenwärtig in Sovjetrußland, und zwar hauptsächlich für landwirtschaftliche Produkte. Ähnlich stark standardisiert ist die Ausfuhr in den baltischen Staaten, Rumänien, Jugoslawien, Tschechoslowakei, Italien u. a. m. Die meisten Staaten besitzen sogenannte Rahmen-Standardgesetze für landwirtschaftliche Artikel, durch die ein gewisses System geschaffen wird, nach dem dann später eine stufenweise Regelung des Exportes der einzelnen Waren erfolgt. In vielen Staaten wird die Ausfuhr auf die Kontrolle von Regierungsstellen gestellt, so beispielsweise in England und den Dominien, Rumänien, Russland, den baltischen Staaten. Einige Staaten lassen die Ausfuhr auch durch Syndikate kontrollieren, wie Frankreich, Holland und Belgien.

In Polen wird die Qualität des Exportes infolge des Fehlens einer einheitlichen rechtlichen Grundlage in Form eines Standardisierungsgesetzes mit Hilfe der Zollgesetzgebung oder des Exportprämienystems reguliert, das heißt in einer Form, wie sie außer in Polen sonst nirgends angewendet wird. Lediglich die traurigen Erfahrungen, die man vor einigen Jahren infolge des Mangels entsprechender Standardisierungsvorschriften beim Getrelexport nach England machte, haben die Regierung bewogen,

eine besondere Verordnung über die Standardisierung der Güter auszuftren am 6. März 1928 zu erlassen. Die Ansätze einer Standardisierung, gestützt auf die Zollvorschriften oder das System der Zollförderstättungen, besitzt Polen bei der Ausfuhr von Butter, Bacon, Fleisch, Fledern, Daunen, Borsten und Haaren. Die in diesen Ausfuhrzweigen bestehenden Vorschriften sind jedoch unzureichend und geben keine Grundlage für die Normierung einer ganzen Reihe von Exportbedingungen, die auf engste mit der Standardisierung im Zusammenhang stehen, wie beispielsweise die Normierung der Verpackung, Bezeichnung der Ware usw. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit der Einführung eines Rahmengegesetzes für die Standardisierung.

Das im Sejm eingereichte Gesetzesprojekt für die Standardisierung der Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte führt mehrere die einzelnen Warenarten auf, die von der Standardisierung betroffen werden sollen, noch gibt es den Termin zur Einführung der Standardisierung an. Für beide Fälle wird die Bezeichnung des Ministrat überlassen. Diese Bezeichnung hat, wie der Artikel 1 des Gesetzesprojektes beagt, nach Anhören der Meinung der interessierten Wirtschaftsorganisationen zu erfolgen. Die ins einzelne gehenden Bedingungen, denen die ausgeführten Waren entsprechen haben, werden auf dem Verordnungswege festgesetzt. Diese Verordnungen können ferner die Einteilung des Landes in einzelne Exportbezirke vorsehen, es wird außerdem möglich sein, verschiedenen Gebieten exportiert wird, festzusehen.

Der Standardexport wird im Sinne des vorliegenden Gesetzesprojektes nur von solchen Unternehmen durchgeführt werden können, die in ein besonderes Register der Exporteure eingetragen sind. Auf dem Verordnungswege sollen ferner Bestimmungen festgesetzt werden betreffend die Einrichtung dieser Firmen und der Beschäftigung von Fachpersonal bei ihnen. Waren werden nur ausgeführt werden dürfen unter der eigenen Firma sowie unter der Bedingung der Führung beider Bücher, in denen die Angaben über jeden Exporttransport enthalten sind. Die Aufsicht über die Durchführung der Vorschriften des Standardisierungsgesetzes durch die Exportunternehmen wird das Ministerium für Handel und Industrie bzw. das Landwirtschaftsministerium ausüben. Für Übertretung der Vorschriften des Gesetzes oder der Verordnungen, die auf Grund des Gesetzes erlassen wurden, werden Strafen vorgesehen, die auf Geld oder Arbeit laufen.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verordnung im "Monitor Polisi" für den 20. Oktober auf 5,924 Zloty festgesetzt.

Der Zinssatz der Bank Polisi beträgt 7%, der Lombardsatz 8%.

Der Zloty am 19. Oktober. Danzig: Ueberweisung 56,94 bis 57,06, bar 56,97–57,09, Berlin: Ueberweisung, große Scheine 47,10–47,50, Prag: Ueberweisung 37,75, Paris: Ueberweisung 285,00, London: Ueberweisung 34,50.

Warschauer Börse vom 19. Oktober. Umsätze, Verkauf—Kauf. Belgien 125,60, 125,91–125,29, Belgrad—Budapest—Bukarest—Danzig 175,00, 175,43—174,57, Helsingfors—Spanien—Holland 36,75, 363,65—361,85, Konstantinopel—Savann—Rosenhagen—London 34,58, 34,67—34,49, Newyork 8,923, 8,943—8,903, Oslo—Paris 35,14, 35,23—35,05, Prag 26,42, 26,48—26,36, Riga—Stockholm—Schweiz 175,10, 175,53—174,67, Tallin—Wien—Italien—

Amtliche Devisen-Notierungen der Danziger Börse vom 19. Oktober. In Danziger Gulden wurden notiert Devisen: London —, Gd. —, Br. Newyork —, Gd. —, Br. Berlin —, Gd. —, Br., Marchau 57,9 Gd. 57,21 Br. Noten: London —, Gd. —, Br., Berlin —, Gd. —, Br., Newyork —, Gd. —, Br., Holland —, Gd. —, Br., Zürich —, Gd. —, Br., Paris —, Gd. —, Br., Brüssel —, Gd. —, Br., Helsingfors —, Gd. —, Br., Copenhagen —, Gd. —, Br., Stockholm —, Gd. —, Br., Oslo —, Gd. —, Br., Warschau 57,06 Gd. 57,18 Br.

Berliner Devisenkurse.

Offiziell. Diskont- sätze	Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark	In Reichsmark		In Reichsmark	
		19. Oktober Geld	19. Oktober Brief	17. Oktober Geld	17. Oktober Brief
3,5%	1 Amerika	4,209	4,217	4,209	4,217
6%	1 England	16,33	16,37	16,29	16,30
3%	100 Holland	170,78	171,12	170,78	171,12
7%	1 Argentinien	0,83	0,987	0,968	0,972
6%	100 Norwegen	92,51	92,69	92,51	92,69
6%	100 Dänemark	93,01	93,19	92,76	92,94
6,5%	100 Island	73,68	73,82	73,53	73,67
6%	100 Schweden	97,90	98,10	97,65	97,85
2,5%	100 Belgien	59,14	59,23	59,09	59,21
7%	100 Italien	21,83	21,87	21,78	21,82
2,5%	100 Frankreich	16,65	16,69	16,65	16,69
2%	100 Schweiz	82,52	82,68	82,52	82,68
6,5%	100 Spanien	37,81	37,89	37,94	0,221
—	1 Brasilien	0,257	0,259	0,219	0,202
5,84%	1 Japan	2,076	2,08	2,078	2,084
—	1 Kanada	3,746	3,754	3,716	3,724
—	1 Uruguay	1,299	1,301	1,329	1,331
6,5%	100 Tschechoslowakei	12,47	12,49	12,47	12,49
9%	100 Finnland	8,54	8,56	8,49	8,51
7%	100 Estland	113,14	113,36	112,14	113,36
6%	100 Lettland	81,37	81,53	81,37	81,53
7%	100 Portugal	14,89	14,91	14,84	14,86
9,5%	100 Bulgarien	3,072	3,078	3,072	3,078
7,5%	100 Jugoslawien	7,473	7,487	7,473	7,487
10%	100 Österreich	57,94	58,42	57,19	57,31
8%	100 Ungarn	73,28	73,42	73,28	73,42
6%	100 Danzig	82,6			

Das neue Umsatzsteuergesetz

(Von unserem Warschauer Wirtschaftskorrespondenten.)

Das auf der letzten Ministerratssitzung am Freitag der vergangenen Woche beschlossene neue Gesetz über die staatliche Gewerbesteuer (Umsatzsteuer) führt, worauf bereits mehrfach hingewiesen wurde, eine Reihe von Änderungen gegenüber dem bisher gültigen Gesetz vom 15. Juli 1925 ein. Die Änderungen gehen vor allen Dingen in der Richtung einer genaueren Umschreibung der einzelnen Gesetzesvorschriften, sowie einer Vereinfachung der Einführungsfür und der Steuerentrichtung. Fast alle Steuersätze werden außerdem erheblich herabgesetzt und in noch stärkerem Umfang als bisher diejenigen Unternehmen bevorzugt, die rechtmäßige Handelsbücher führen.

Bei der Herabsetzung der Steuersätze wird das Gesetz stufenweise in verschiedenen Abschnitten eingeführt. Der nächste Termin der Gewährung von Erleichterungen auf Grund des neuen Gesetzes wird der 1. Januar 1932 sein, an dem folgende Steuerermäßigungen Gültigkeit erlangen:

Herabsetzung von 1 Prozent auf $\frac{1}{2}$ Prozent für den Großhandel, der rechtmäßige Handelsbücher führt;

von 2 Prozent auf $\frac{1}{2}$ Prozent für Buchverlagsanstalten;

von 2 Prozent auf $1\frac{1}{2}$ Prozent für Kleinhandelsunternehmen, die rechtmäßige Handelsbücher führen;

von 5 Prozent auf 4 Prozent von Provisionen solcher Kommissionsunternehmen, die rechtmäßige Handelsbücher führen;

von 2 Prozent auf 1 Prozent für kurzfristige Kreditinstitute, Bankhäuser und Wechselkontore mit Ausnahme von Brutogewinnen aus Operationen mit fremden Valuten, Devisen, Auslandschecks sowie allen Arten ausländischer Papiere;

von 2 Prozent auf 1 Prozent bei Umsätzen von Bauunternehmen sowie selbständigen Unternehmen für die Durchführung von Arbeiten beim Wohnungsbau, sofern Bücher geführt werden;

von 2 Prozent auf 1 Prozent für Mühlen, die Handelsbücher führen;

von 2 Prozent auf $1\frac{1}{2}$ Prozent für Handwerksunternehmen die Handwerkstafeln besitzen.

Der darauf folgende Termin, zu dem weitere Erleichterungen eingeführt werden, ist der 1. Januar 1933. Zu diesem Termin sollen herabgesetzt werden:

von 2 Prozent auf 1 Prozent die Umsatzsteuer für alle Unternehmen des Groß- und Kleinhandels;

auf $\frac{1}{2}$ Prozent für diejenigen Kleinhandelsunternehmen, die rechtmäßige Handelsbücher führen;

auf $\frac{1}{2}$ Prozent für Handwerksunternehmen.

Bei Industrieunternehmen (außer Handwerksunternehmen, die bereits in der vorstehenden Aufstellung berücksichtigt sind) sieht das neue Gesetz eine Herabsetzung der gegenwärtig verpflichtenden 2 Prozentigen Sache, beginnend mit dem 1. Januar 1934, um je $\frac{1}{4}$ Prozent jährlich bis zum 1. Januar 1937 vor, von da ab würde also die Umsatzsteuer bei diesen Unternehmen nur noch 1 Prozent betragen. Gleichzeitig gibt das Regierungsprojekt dem Finanzminister die Möglichkeit, die Termine bei den Erleichterungen der Umsatzsteuer bei Industrieunternehmen früher festzusehen, als sie vorläufig in der Novelle angegeben sind.

Außer der Herabsetzung der Steuersätze enthält die Novelle eine Reihe von Bestimmungen über weitere Erleichterungen bei der Umsatzsteuer. Gewisse Bevorzugungen erhalten die Genossenschaften. Das Projekt sieht in Artikel 25 eine Reihe von Fällen vor, in denen

Genossenschaften vollkommen von der Umsatzsteuer befreit werden können. Bei der Besteuerung des Handwerks sieht das neue Gesetz leider eine Erweiterung der Pflicht zum Auskauf eines Gewerbescheines für gewisse Handwerksunternehmen vor, die bisher von dieser Verpflichtung befreit waren. Auf diese Weise werden die in der Gesetzesnovelle für das Handwerk enthaltenen Erleichterungen zu einem erheblichen Teil wieder durch neue Belastungen aufgehoben. Weitgehende Erleichterungen werden dadurch eingeführt, daß in der Novelle die Transaktionen mit Getreide und Flachs auf den Inlandbörsen sowie der Transport von Netzen durch Seefahrtunternehmen völlig von der Umsatzsteuer befreit werden. Außerdem sieht das Projekt eine Erweiterung der Berechtigungen des Finanzministeriums bezüglich der Belastung und Aufhebung der Steuern von Börsenabschlüssen mit anderen Produkten sowie Exporttransaktionen mit landwirtschaftlichen Produkten und Rohmaterialien vor. Das Finanzministerium wird berechtigt sein, die Verkaufsbüros von Industrieunternehmen von der Umsatzsteuer zu befreien. Bei Kommissionen zu verkaufen von Getreide, die auf Rechnung der Produzenten getätigkt werden, wird die Steuer nicht von der gesamten Rechnung, sondern nur von der Kommissionssumme erhoben werden. Weiterhin wird in dem Projekt die Pauschalierung der Umsatzsteuer für die kleineren Unternehmen vorgesehen. Schließlich wird eine Pauschalierung und Zusammenziehung der Steuer für alle Umsatzphasen und ihre Einziehung bei der ersten Phase gegen Befreiung von der Steuer für die nächste Phase vorgenommen. Bei Fleisch-Erzeugnissen beispielsweise wird die pauschalierte und zusammengezogene Steuer nur einmal bei der Schlachtung erhoben, die weiteren Umsatzphasen der Fleischprodukte werden bereits von der Steuer befreit sein.

Die Gesetzesnovelle schließt mit einer Reihe von Bestimmungen, durch die zahlreiche der bisherigen Bestimmungen genau festgelegt sowie kleinere Fragen geregelt werden. Unter anderem werden die Einführungskommissionen, die bisher das Recht hatten, unvermögende Steuerzahler von der Steuer zu befreien, sofern die Summe nicht 50 Zloty überschreitet, jetzt das Recht haben, Steuersummen bis zu 100 Zloty zu streichen.

Die vorliegende Gesetzesnovelle bringt also tatsächlich eine Reihe von Steuererleichterungen. Allerdings werden diese Erleichterungen keineswegs das aufheben können, was durch die anderen bisher bereits beschlossenen Steuergesetze der Bevölkerung an neuen Lasten auferlegt ist. Die Erleichterungen bei der Umsatzsteuer sind auch tatsächlich nicht so groß, wie sie bei jeder Gelegenheit von der Regierung dargestellt werden. In der Praxis sind bisher immer für diejenigen Unternehmen, die rechtmäßige Handelsbücher führen, recht erhebliche Steuerermäßigungen gewährt worden. Den einzigen realen Wert stellen eigentlich nur diejenigen Bestimmungen der Gesetzesnovelle dar, die am 1. Januar 1932 in Kraft treten, und in den meisten Fällen, auf die sich diese Bestimmungen beziehen, wurden auch früher schon Ermäßigungen gewährt.

Kleine Rundschau.

Böltischer Opferwillie.

DAI Die „Kronstädter Zeitung“ veröffentlicht einen Aufsatz des Bischofsvikars und Stadtpfarrers Dr. Glondys an die Kronstädter Honterusgemeinde, entsprechend dem einstimmigen Beschlüsse der Gemeinde-

vertretung vom 17. September, an vier Tagen im Jahre einen Verzicht auf jeglichen Alkohol- und Tabakgenuss zugunsten der gesamten Volksgemeinschaft auf sich zu nehmen. Diejenigen, die ohnehin keinen Alkohol und keinen Tabak genießen, sollen in irgendeiner anderen Weise Mittel zur Verfügung stellen. Die eingezahlten Beträge sollen an den vier alten Bußtagen, d. h. den ersten Sonntagen in jedem Vierteljahr, eingehoben werden.

Glondys verweist in der Begründung darauf, daß eine der burzenländischen Gemeinden für Kirche und Schule rund 800 000, für Tabak aber 900 000 Lei, eine andere für Kirche und Schule 1 000 068, für Tabak aber 1 000 635 Lei verbraucht. Fast alle Gemeinden des Burzenlandes gäben allein für Tabak mehr aus als für Kirche und Schule zusammen. Rechne man nur fünf Lei täglich auf den Tabak für jeden sechsten Kopf der sächsischen Bevölkerung, so ergibt das täglich 200 000 und jährlich 73 Millionen Lei. Dabei beträgt der Jahresvorschlag für den Landeskirchenbedarf nicht einmal 10½ Millionen Lei. Wichtiger als der Geldbetrag sei aber die Geinnung, die sittliche Kraft, die die Volksgemeinschaft verbindet und zusammenhält. Es ehrt die deutsche Jugend Siebenbürgens, daß sie sich mit Begeisterung für die Einhebung der Gaben zur Verfügung gestellt habe.

Zur Nachahmung empfohlen!

Die Schwalbentragödie in Österreich.

Obwohl die Meister des Segelfluges in Vorahnung eines baldigen Kälteeinbruchs ihren Zug gen Süden in diesem Jahr früher angetreten haben als sonst, sind sie doch zu Hunderttausenden in Österreich und den bosnischen Bergen vom plötzlich hereingebrochenen Winter überrascht worden. Wir haben bereits davon berichtet, daß der österreichische Tierschutzverein und alle möglichen Organisationen unter Mitwirkung der Bevölkerung sich der gefiederten Sänger angenommen haben und die Schwäbchen, zu Zehntausenden in Kisten verpackt, in wärmere Gefilde, nach Italien, transportiert wurden, um von dort aus ihrem Weiterflug selbstständig vorzunehmen.

Leider hat sich jetzt herausgestellt, daß mit dem Abtransport nach Italien nicht das richtige getroffen wurde. Man hat die Schwäbchen in eine falsche Richtung dirigiert. Die Direktion des naturhistorischen Museums hat dem österreichischen Tierschutzverein nämlich mitgeteilt, daß die gewohnte Reiseroute der Schwäbchen gar nicht über Italien führt, sondern die Vögel den Weg über Rumänien und das Schwarze Meer nach Kleinasien zu nehmen pflegen. Der Abtransport nach Italien ist daraus hin sofort gestoppt worden. Verhandlungen mit den rumänischen Flugzeugverkehrslinien ergaben ein großes Entgegenkommen rumänischerseits, so daß neuerdings die Schwäbchen mit Flugzeugen nach Konstantinopel gebracht werden.

Inzwischen trachtet Menschengüte danach, den armen Vögeln das Los nach Möglichkeit zu erleichtern, denn die Scheunen und Ställe in ganzen Landstrichen sind noch nicht mit den gefiederten Sängern besetzt. Die Vögel sind überall dem Verhungern nahe. Der große Appetit der ausgehungerten Tierchen hat eine wahre Haupe in Mehlmürrern zur Folge. Kosten das Kiloogramm Mehlmürrer bisher 2 Schilling, so ist der Preis jetzt auf 12 Schilling gestiegen. Wie der „Jungdeutsche“ erfährt, werden ungeheure Mengen dieser Speise an die Schwäbchen versüßt. Dabei sind Spekulationen an der Mehlmurmörbörse noch immer lohnend.

Geschichten um Edison.

Das Echo der Menschheit.

Im Herbst 1877 gab Edison einem seiner Vorarbeiter namens John Kruegel eine Skizze für ein Werkmodell. Kruegel ging an die Arbeit. Er versuchte herauszubekommen, wozu diese sonderbare Sache dienen sollte. Da er aber nicht darauf kam, ging er zu Edison und fragte ihn. Edison erklärte ihm alles, und der Vorarbeiter hielt den Entwurf für lächerlich. Er war sogar überzeugt, daß die Sache misslingen müsse. Carman, der Werkmeister der Maschinenfabrik, pflichtete ihm bei und wetete mit Edison um eine Kiste Zigarren, daß aus der Sache nie etwas Brauchbares werden würde.

Das Modell war fertig. Es sah tatsächlich recht seltsam aus. Auf einer hölzernen Unterlage ruhte ein Metallstiel, in dem eine Schraube eingebaut war. Der Stiel ging durch eine Metalltrommel, in deren Oberfläche eine spiralförmige Rinne lief. An den Seiten der Trommel waren kleine Röhren untergebracht, und über das innere Ende dieser Röhren spannte sich eine Pergamentmembran. In der Mitte der Membran steckte eine Stahlnadel.

Nun begann Edison auf höchst sonderbare Weise zu experimentieren. Er legte ein dünnes Blatt Stahl um die Trommel und begann die Kurbel des Stieles zu drehen. Zu gleicher Zeit beschämte er in eine der kleinen Röhren das Gedicht: „Marie hatte ein kleines Lamm.“ Nachdem dies geschehen war, drehte er den Stiel bis zum Ausgangspunkt zurück und plötzlich drang aus der Maschine schwach, aber deutlich, Edisons Stimme.

„Mein Gott im Himmel!“ rief Kruegel. „Es ist ein Wunder geschehen.“ Carman fügte hinzu: „Und ich habe die Wette verloren.“ Edison lachte. „Ja, ja, Sie haben Ihre Wette verloren, und die Menschheit hat dafür Ihr Echo gefunden.“

Edisons Taubheit — sein Glück.

Edison hatte sich als fünfzehnjähriger in dem Zug zwischen Detroit und Port Huron ein Redaktionsbüro und ein Laboratorium eingerichtet. Eines Tages ereilte ihn aber ein großes Misgeschick.

Der Zug fuhr in schnellem Tempo über eine schlechte Gleistrasse, und in Edisons Laboratorium fiel eine Phosphorstange zu Boden. Das Phosphor begann zu brennen, der Wagen fing Feuer und Edison mußte sich leinen Rat.

Endlich kam der Schaffner und löschte den Brand. Edison atmete erleichtert auf, doch zu früh. Kaum hatte der Zug die Station Mount Clemens erreicht, als der Schaffner den erschrockenen Jungen am Kragen packte und ihm mit seinem Redaktionsbüro und Laboratorium aus dem Zug hinauswarf. Er verabreichte ihm zugleich eine Tracht Prügel und versetzte ihm einige Faustschläge auf die Ohren. Von diesen brutalen Schlägen rührte Edisons Taubheit her.

Als dann Edison mit seinen ersten Phonographen vor die Öffentlichkeit trat, fragte ihn ein rücksichtsloser amerikanischer Reporter, wie er eben zu dieser Erfindung komme, wo er doch ... lächelnd antwortete Edison: „Sie müssen etwas mehr brüllen. Übrigens, wenn Sie es unbedingt wissen wollen, meine Taubheit ist schuld daran, daß ich den Phonographen erfunden habe!“

Der Reporter machte ein verblüfftes Gesicht, und Edison fuhr fort: „Die Erklärung ist sehr einfach. Ich erfand den Phonographen, weil ich genügend Zeit hatte. Eine Menge Zeit wird bekanntlich mit Zuhören verschwendet. Da ich aber nie zuzuhören, auch nicht den Erzählungen meiner Gattin zu lauschen brauche, werde ich nie abgelenkt und könnte so selbst eine Sprechmaschine erfunden.“

Die Erfindung der Glühbirne.

Am 21. September 1870 sah E. D. C., Chefredakteur der „New York Herald“, in seinem Zimmer. Plötzlich öffnete sich die Tür und Thomas A. Edison, der Herausgeber der Zeitung, stürzte herein. Schon in der Tür schrie er: „Mister Orr! Wie kommt dieser Artikel in die Zeitung. Licht soll auf Drähte abgezogen werden. Das ist ja heller Wahnsinn. Sie machen den „Herald“ lächerlich.“ Dabei zeigte der Herausgeber auf einen ganzseitigen Artikel über Edisons Glühbirne. „Ja, um Himmels willen, wissen Sie denn nicht“, tönte er weiter, „daß es mit mathematischer Sicherheit bewiesen ist, daß diese Art Licht gegen die Gesetze der Natur verstößt? Wer hat denn diesen Unsinn geschrieben?“

„Mister Orr“ antwortete der Chefredakteur. Nun wurde Edison etwas ruhiger, denn Orr zählte zu den Stars des New Yorker Zeitungswesens. „Also Orr hatte es geschrieben“, begann er im gedämpften Ton. „Lassen Sie mir Orr kommen!“ Orr kam. Der Herausgeber sagte ihm nur ein einziges Wort: „Psui“, fügte aber schnell hinzu: „Dies bezieht sich natürlich nicht auf den Artikel, sondern auf die unmögliche Erfindung.“

Edison erfuhr von dieser Sache und sandte ein halbes Jahr später, als die Glühbirnen schon überall leuchteten, dem Herausgeber eine Glühbirne mit folgender Anschrift: „Ich sende Ihnen eine Glühbirne. Eine Birne, durch die Licht auf Drähte abgezogen wird und dieses unmögliche Etwas leuchtet. Nun können Sie auch des Nachts bei Tagesbeleuchtung Ihr Pfui erkennen lassen.“

Barthaare als Glühlampenfäden.

Die Glühbirne war erfunden, aber sie arbeitete noch nicht wirtschaftlich. Ihre Lebensdauer betrug nur 40 Stunden. „Die Hauptchwierigkeit bildete für mich“, erklärte Edison seinen Mitarbeitern, „die Konstruktion eines Kohlenfadens, dessen Glühen die Lichtquelle ist. Nun habe ich die Nähgarnlampe erfunden, deren Verwendbarkeit bewiesen ist, aber sie genügt noch immer nicht. Also, suchen wir weiter.“

Dreizehn Monate dauerte das Suchen, die Jagd. Sie kostete nicht weniger als 40 000 Dollar. Edison verlor alles nur Mögliche, u. a. Packloden, Vorberberbaumholz, Bedernspäne, Zeichenpapier aller Sorten, Lampendocht, Angelschnur, Zwirn, Baumwolle und Leinwand verschiedener Arten, Garn von feinem Format, Seidenpapier, Windfaden und noch viele andere Dinge mehr. Doch keines erwies sich als brauchbar. Eines Tages warnte sich dann Edison an den Stationsvorsteher J. N. McLean und sagte zu ihm: „Sie besitzen einen so schönen roten Bart. Wie wäre es, wenn Sie sich als Lieferant zur Ausgestaltung der Glühlampe beteiligen würden? Geben Sie mir zu diesem Zwecke einen Büschel aus Ihrem dichten, rötlichen Bart! Man kann nicht wissen. Vielleicht sind Ihre Barthaare das Richtige.“

Die Barthaare erwiesen sich zwar nicht als richtig. Einige Jahre später ließ sich aber ein Erfinder auf verbotenen Bart als Lampenfaden ein Patent erneien.

1828 Patente.

Um 80. Geburtstag Edisons machte ein Besucher die Feststellung, daß von dem Jubilar seit dem 1. Juni 1869, dem Tage, an dem er sein erstes Patent auf einen automatischen Stimmzähler erhalten hatte, bis 1910 — 1828 Patente eingereicht worden sind. Darauf bemerkte Edison: „Ich habe mich da in einen ganzen Haufen Dinge herein gemischt.“

Matuschka alleinschuldig.

Die Wiener Polizeidirektion gibt jetzt eine ausführliche Darstellung des bereits gemeldeten Geständnisses Matuschka, aus der hervorgeht, daß ihm Ende Dezember vorigen Jahres plötzlich der Gedanke gekommen sei, Anschläge auf Eisenbahnen zu unternehmen. Er gab an, daß er

zunächst zu Neulengbach

(Niederösterreich) versucht hatte, auf einfache Art und Weise einen Zug zur Entgleisung zu bringen und einen Absturz über die Böschung zu erreichen. Das System der gelockerten Schienenlaschen hatte aber viel zu geringe Wirkung, so daß er beschloß, in Zukunft die Attentate anders oder besser auszuführen. Aus diesem Grunde ging er beim

Attentat von Anzbach

bereits auf kompliziertere Art und Weise vor. Matuschka schildert nun eingehend die Vorbereitungen zu diesem Anschlag am Ort der Tat. Mit Hilfe von Schraubstöcken habe er schon eine Eisenbahnschiene quer über die Bahnschienen befestigt gehabt, als plötzlich ein Zug heranbrauste. Er habe dann von einer gewissen Entfernung aus unbemerkt zugesehen, wie der Zug hielt, und die Leute mit Lichten die Strecke entlang liefen. Matuschka erzählte weiter, daß er hierauf zu Fuß zur Station Rekawinkel ging und unterwegs eine schwarze Brille und ein Heftpflaster, mit dem er sich unkenntlich gemacht hatte, in einen Bachwarf. In Rekawinkel blieb er bis zum Morgen und fuhr dann nach Wien zurück, wo er seine Kleider verbrannte und die Schafstiel in der Nähe des Ostbahnhofs wegwarf. Matuschka schilderte hierauf die Vorbereitungen zu dem

Attentat von Jüterbog.

Er teilt mit, daß er sich in der Umgebung von Jüterbog einige Zeit aufgehalten habe. In einer Nacht sei er auf die Strecke hinausgegangen und habe mit dem Schweißapparat Versuche unternommen, die aber nicht gelangen. Bei dem ungewohnten Hantieren mit dem Apparat habe er sich an beiden Beinen Brandwunden zugezogen. Tatsächlich weisen die Beine Matuschkas Narben auf, die von Brandwunden herrühren.

Er erklärte bei dem Verhör ferner, die vorher gemachten Angaben über das Häuschen bei Potsdam, in dem er angeblich gewohnt haben will, für unrichtig. Er habe sich nun Ekrasit bzw. die Erlaubnis zum Ekrasitbezug verschaffen wollen und sei dann mit der Gutsbesitzerin Frau Fergo wegen der Pacht eines Steinbruchs in Unterhandlungen getreten. Mit Hilfe des Sprengbuches habe er sich Ekrasit und andere Sprengmittel gekauft. Anfang August sei er nach Berlin gefahren, habe dann dort Röhren und Draht gekauft und Versuche mit Sprengklapseln unternommen. Zu dieser Zeit habe er sich auch eine Nummer der Zeitung "Der Angriff" gekauft und auf das Blatt die Worte "Revolution", "Attentat", "Sieg" geschrieben. Als er das ganze Sprengmaterial beisammen hatte, sei er am 8. August wieder nach Jüterbog gefahren und habe alles für den Anschlag vorbereitet.

Dicht am Bahngleise nahm er Aufstellung und wartete das Herankommen eines Zuges ab. Als er den Zug heranbrausen hörte, habe er die Bündung eingeschaltet. Er habe dann auf die Explosion gehört und gesehen, wie mehrere Wagen umgeworfen wurden. Es gelang ihm noch, den Bündapparat an sich zu nehmen und die Flucht an ergreifen.

Am 9. August sei er nach Wien zurückgefahren, und als sein Zug bei seiner Rückfahrt Jüterbog passierte, habe er selbst die Wirkungen der Explosion sehen können. Angefischt dieser Folgen habe er sich fest vorgenommen, so etwas nie mehr wieder zu tun. Diesem Vorsatz entgegen sei ihm doch wieder der Gedanke aufgestiegen, ein neues Attentat, diesmal in der Nähe von Budapest, auszuführen. Zeitungsnachrichten, die besagten, daß das Jüterboger Attentat mit einer Taschenlampenbatterie ausgeführt wurde, hätten ihn auf den Gedanken gebracht, für diesen Anschlag solche Batterien zu verwenden.

Matuschka ist dann am 3. September nach Budapest gefahren und hat dort Röhren gekauft, die er in die Nähe von Bia-Torbagy brachte. Er hatte dann in der Nähe des Tatortes Versuche gemacht, das Ekrasit in die Röhren zu tun. Am 8. September ist er nach Nagy-Teteny gefahren und hat dabei den Koffer mitgenommen, in dem sich die Batterien und der Lampendraht befanden. Am 9. September fuhr er

nach Bia-Torbagy,

um den Verkehr der Züge zu beobachten. Er wollte angeblich, wie er erklärte, keinen Personenzug, sondern einen Lastzug zerstören. An diesem Tage habe er sich auch eine Schnellzugkarte nach Raab gelöst und sie etwas geknickt, damit man das Ausstellungsdatum nicht sehen könne. Am 11. September habe er aber beobachtet, wie die Züge verkehrten, und gesehen, daß der Lastzug dem Personenzug folge. Auch am 12. September hat er sich den ganzen Tag über in der Nähe von Bia-Torbagy versteckt aufgehalten.

Dann begab er sich wieder zur Stelle hin und gelangte zum Eisenbahnviadukt, den er als Ort für die Verübung des Attentats aussehen hatte. Fahrplanmäßig brauste der Personenzug vorüber und nun hat Matuschka den Apparat rasch auf die Schienen gebunden und den Zettel mit den ungarischen Worten und der Unterschrift "Der Übersezer" in der Nähe angebracht. Dann hat er gewartet und gehört, wie die Explosion erfolgte. Matuschka eilte dann zur Stelle, an der sich die abgestürzten Wagen befanden und brachte sich mit seinem Taschenmesser die Verlebungen im Gesicht bei, die ihn selbst als Opfer des Attentats erscheinen lassen sollten.

Bei dieser Stelle bricht das Geständnis Matuschka ab. Es folgten nur noch die bereits gemeldeten Andeutungen, daß er

noch einige andere Eisenbahntentate geplant hätte. Auch bei Ventimiglia sollte der Zug, wenn er zufälligerweise durch die Sprengladung nicht beschädigt worden wäre, von einem hohen Viadukt abstürzen. Das gleiche war auf der Strecke Paris-Amsterdam geplant.

Matuschka hatte aus den Veröffentlichungen der Verkehrsanstalten gewußt, wo sich "schön" Viadukte — wie er sich ausdrückte — befanden, und an diesen Stellen wollte er in Zukunft seine Attentate ausführen. Ein solcher Platz war ihm auf der Strecke Paris-Marseille und in Italien bekannt; aber auch in der Nähe von Amsterdam wußte er einen hohen Viadukt, von dem der Zug abstürzen sollte.

Die Sonne bringt es an den Tag!

Dem Ullstein-Dienst wird, wie wir schon gestern kurz mitteilten, aus Wien berichtet:

In der Nacht zum Sonnabend gab es eine große Sensation bei der Kriminalpolizei. Silvester Matuschka erlitt einen Nervenzusammenbruch und legte dann ein restloses Geständnis seiner Alleinschuld ab. Er hat alle Attentate, das von Neulengbach bei Wien am 30. Dezember 1930, von Anzbach, ebenfalls nahe bei Wien, am 31. Januar 1931, von Jüterbog am 8. August und Bia-Torbagy am 13. September, allein und ohne Komplizen verübt.

Er wurde gestern spät nachts einem neuerlichen Verhör unterzogen und von Polizeirat Dr. Böhm vernommen. Anfänglich leugnete er noch immer, seine Nerven schienen aber bereits zu versagen. Er wurde immer unruhiger. Die Anfälle von Schreitläufen und Nervenzusammenbrüchen wiederholten sich. Schließlich begann er mitten im Verhör zu weinen und zu beten. Nun sah Dr. Böhm, daß der Mann für ein Geständnis reif war. Er bewies ihm eindringlich noch einmal, daß seine Erklärung, er sei nur der Attentäter, vollkommen unglaublich sei, da es sich herausgestellt habe, daß der angebliche Bergmann gar nicht existiere und daß alle Angaben über die kleine Villa in Caputh und die anderen Einzelheiten, die Matuschka im Laufe der letzten Tage gemacht hatte, vollkommen frei erfunden seien. Weiter war ein wichtiges Beweismoment für den Polizeirat, wie sich Matuschka auf Grund seines Pachtrechts an dem niederösterreichischen Steinbruch Tradigist das Ekrasit verschafft habe. Sodann bewies er ihm, daß er selbst den schweren Eisenhügel gekauft habe, mit dem die Schienen bei dem Attentat von Neulengbach gelockert worden waren. Man wies ihm nach, daß nur er es gewesen sein könne, der die Schraubstöcke und die eisernen Traversen sowie alle Bestandteile, die zum Eisenbahnanschlag von Anzbach gebraucht wurden, erstanden hätte. Schließlich wurde er neuerdings darauf aufmerksam gemacht, daß ihr Zeug, nämlich der Chauffeur Linzer, der ihn nach Anzbach fuhr, der Eisenhändler Adler und der Wirt, bei dem er Wein getrunken hatte, fast einwandfrei erkannt hätten. Als ihm Polizeirat Böhm alle diese Einzelheiten vorhielt, verstärkte sich der Nervenzusammenbruch Matuschka. Er begann zu zittern und zu jammern, er beklagte das Schicksal seines Kindes und seiner Frau, warf sich auf die Knie und bat mit erhobenen Händen um Gnade. Dr. Böhm legte ihm nahe, doch endlich sein Gewissen zu erleichtern und unter erschütternden Szenen gestand Matuschka, der alleinige Täter von Neulengbach und Anzbach zu sein. Nun war die Situation so weit, daß Kriminalkommissar Genat und der ungarische Polizeirat Dr. Schweinther ins Zimmer gerufen werden konnten. Diese verhörten den Attentäter weiter. Matuschka war jetzt vollkommen gebrochen. Er widerrief alle Einzelheiten, die er über das Attentat in Jüterbog gemacht hatte und erklärte, daß er allein es war, der in der Friedrichstraße die Drähte gespannt hatte. Er allein hätte in Berlin die langen Gasrohre mit Ekrasit gefüllt und allein den Platz bei Jüterbog ausgesucht, wo er dann das Eisenbahnunglück verursachte. Matuschka gestand schließlich, daß er für die nächste Zeit eine Eisenbahntentate geplant hatte, so auf der Strecke Amsterdam-Paris-Marseille und an der italienisch-französischen Grenze bei Ventimiglia. Er gestand auch, schon im April bei Jüterbog ein Attentat geplant zu haben, wozu er einen Schweißapparat gekauft hatte.

*

Silvester Matuschka gab bei seiner letzten Vernehmung an, daß er vor Weihnachten 1930 eine Liste von ungefähr 200 Kilo mit Heiligenfiguren nach Gantaver in Jugoslawien geschickt habe, damit in der Kirche seiner Heimatstadt eine Krippe aufgestellt werde. Tatsächlich wurde in der Kirche die fromme Gabe Matuschkas übernommen und die Krippe aufgestellt.

Rundschau des Staatsbürgers.

Wichtig für Reisende nach Deutschland.

Aus der Deutschen Gesellschaft in Warschau erfährt die Agentur "Iskra", daß die deutsche Devisenverordnung, die seit dem 3. d. M. in Kraft ist, eine Ausfuhr von Geld bzw. von Wertpapieren aus Deutschland nur bis zur Höhe von 200 deutschen Mark zuläßt. Daraus ergeben sich für Personen, die zu kurzem Aufenthalt nach Deutschland reisen, bzw. für Personen, die über deutsches Gebiet nach anderen Ländern reisen, gewisse Schwierigkeiten. Um diesen zu entgehen, empfiehlt es sich, beim Überschreiten der deutschen Grenze sich an die Vertreter der Zollbehörden mit der Bitte um die Ausstellung einer Bescheinigung zu wenden, aus der ersichtlich ist, wie viel Geld in Banknoten, in Metall oder in Wertpapieren man über die Grenze gebracht hat. Auf Grund dieser Bescheinigung kann man bei der Rückkehr innerhalb von vier Wochen vom Datum der Bescheinigung dieselbe Summe ohne besondere deutsche Genehmigung aus Deutschland wieder ausführen. Die deutschen Behörden haben die Zollämter angewiesen, solche Bescheinigungen auf Wunsch jedem Reisenden auszustellen.

Ein neues Gesetz über Autobuskonzessionen.

(Von unserem Warschauer Wirtschaftskorrespondenten.)

Am 15. d. M. hat der Ministerrat ein Gesetzesprojekt über den erwerbsmäßigen Transport von Personen und Waren mit mechanischen Fahrzeugen beschlossen, das in der nächsten Zeit den gesetzgebenden Kommissionen zur Beschlusselegung vorgelegt wird. Durch das Gesetzesprojekt wird eine Regelung des Autobusverkehrs durch Einführung des Konzessionssystems vorgenommen. Die Konzessionen für den Transport von Personen und Waren werden dem Projekt zufolge von den Wojewodschaftsverwaltungsbehörden an solche Unternehmen erteilt werden, die eine ständige Autobusverbindung über das Gebiet einer Gemeinde hinaus unterhalten. Die Autotaxis wie auch städtische und örtliche Autobuslinien werden also der Konzessionspflicht nicht unterliegen. Die Bedingungen, unter denen die Konzessionen erteilt werden, sowie die Dauer der Konzessionen, die Höhe der zu entrichtenden Gebühren usw. werden in einer besonderen Verordnung festgesetzt werden, die das Ministerium für öffentliche Arbeiten im Einverständnis mit den anderen interessierten Ministerien herausgibt. Bei Einführung des neuen Kon-

zessionssystems für Autobusse wird durch das neue Gesetz gleichzeitig bestimmt, daß die Inhaber der gegenwärtig bereits bestehenden Autobusunternehmen den Verkehr weiterhin zu den gegenwärtigen Bedingungen aufrechterhalten können, bis ihre mechanischen Fahrzeuge verbraucht sind. Die Frist für diese weitere Aufrechterhaltung wird jedoch auf längstens zwei Jahre nach dem Datum der Veröffentlichung des neuen Gesetzes festgesetzt.

Die Steuern für die Arbeitslosen.

Das Oberste Komitee für Arbeitslosenfragen hat kürzlich den Plan der Finanzierung der Aktion der Wojewodschafts-Komitees für Arbeitslosenfragen ausgearbeitet. U. a. sollen die Wojewodschafts-Komitees Buschläge in Höhe von 50 Prozent von den Staatssteuern bei der Einlösung von Gewerbe-Handelspatenten erhalten. Weiter ist im Einvernehmen mit den Arbeitserstellern und industriellen Organisationen vorgesehen, einen "Tag der Arbeit" am 15. Dezember und 15. Februar in der Weise einzulegen, daß der gesamte Lohn der Arbeiter für diesen Tag von den Arbeitgebern an die Komitees für Arbeitslosenfragen eingezahlt wird. Die Arbeitgeber werden ihrerseits denselben Betrag zeichnen. Ferner soll man von der freiwilligen Besteuerung der geistigen Angestellten und der Beamten in Höhe von einem halben bis zu sechs Prozent in der Weise Gebrauch machen, daß bei einem Gehalt von 300 Zloty diese freiwillige Besteuerung ½ Prozent, bei einem Gehalt von 600 Zloty 1 Prozent, bei einem solchen von 1000 Zloty 2 Prozent und bei einem Gehalt über 5000 Zloty 6 Prozent betragen soll. Die Wojewodschaftskomitees sollen sich mit den Organisationen der freien Berufe wie den Ärzten, Dentisten, Rechtsanwälten, Notaren usw. über die Besteuerung der Einkünfte dieser Berufe verständigen. Die Inhaber von Immobilien und Hotels sollen ebenfalls zu einer freiwilligen Steuer in Höhe von 1 Prozent von den Einnahmen herangezogen werden. Die Kinobilletts und Eintrittskarten aller Veranstaltungen sollen folgendermaßen besteuert werden: Unter 1 Zloty 6 Groschen, bei einem Eintrittspreis bis zu 2 Zloty 10 Groschen, bei einem Billett bis zu 5 Zloty 20 Groschen und über 5 Zloty 50 Groschen. Sämtliche Spiele in Klubs und Ressourcen sollen mit zehn Prozent von den Clubgebühren besteuert werden. Im Einvernehmen mit den einzelnen Regierungsinstitutionen sollen ferner Buschläge zu den Gas-, Elektrizitäts- und Wasserpreisen in Höhe von fünf Prozent der normalen Gebühren erhoben werden. Von Rechnungen in den Restaurants werden Buschläge in Höhe von einem Prozent vom Rechnungsbetrag, beginnend von Rechnungen von über fünf Zloty erhoben.

Rundfunk-Programm.

Mittwoch, den 21. Oktober.

Königsberg-Potsdam.

06.50 ca.: Frühlingskonzert. 09.00: Berliner Schulfunk. 10.10: Schulfunk. 12.00: Wetter für die Landwirtschaft. Ansl.: Ausländische Orchester spielen deutsche Werke! 14.00: Schallplatten. 15.00: Jugendstunde. 15.45: Frauenstunde. 16.00: Pädagogischer Funk. 16.30: Konzert. 17.30: Selten gespielte Sonaten für Violin und Klavier. 18.00: Bleibende Werke der deutschen Dichtung. 18.30: Hochschulfunk. 18.55: Wetter für die Landwirtschaft. 19.10: Rechtsfragen des Tages. 19.30: Volkswirtschaftsfunk. 20.00: Unterhaltungsmusik. 20.30: König Richard III. 22.00: Politische Zeitungsschau. Ansl.: Wetter, Tages- und Sportnachrichten. Ansl.: Bis 00.30: Von Berlin: Tanzmusik.

Breslau-Gleiwitz.

11.35, 13.50: Schallplatten. 15.20: Jugendstunde. 16.20: Unterhaltungsmusik. 18.00: Junglehrer haben das Wort. 18.20: Wetter für die Landwirtschaft. Ansl.: Unterhaltungsmusik auf Schallplatten. 19.00: Grenzland Oberschlesien. Spezial-Industrien. 19.20: Heiteres Quodlibet. 19.45: Unterhaltungsmusik. 20.00: Epochen der oberösterreichischen Geschichte. 20.30: König Richard III. 22.00: Zeit, Wetter, Presse. 22.30: Beantwortung funksicherlicher Anfragen. 22.45-00.30: Tanzmusik.

Königsberg-Danzig.

07.00 ca.: Konzert (Schallplatten). 10.15: Schulfunk. 11.15: Landmaschinensinfonie. 11.40: Unterhaltungsmusik des Kl. Org. 12.30: Schallplatten. 13.30: Unterhaltungsmusik. 15.45: Kinderfunk. 16.15: Elternstunde. 16.45: Blasmusik. 18.30: Die Bedeutung des Laienspiels. 19.00: Der Mensch und das Tagewerk der Elektronen. 19.25: Wetter. 19.30: Mozart erzählt sein Leben. 20.15: Tanz-Abend. 22.15: Wetter, Nachrichten, Sport. 22.30-00.30: Tanzmusik.

Warschau.

14.45: Schallplatten. 15.50: Schallplatten. 16.00: Englischer Unterricht. 16.20: Vortrag. 16.40: Musik. 17.10: Vortrag. 17.35: Konzert. Leichte Musik. 19.15: Landwirtschaftlicher Funkbriefkasten. 19.30: Bericht des Verbandes für Pferdezucht. 19.35: Schallplatten. 19.45: Presse. 20.00: Musikalisches Feuerwerk. 20.15: Heiterer Revue-Abend. 21.15: Violinkonzert. 21.30: Männer und Orchester. 22.15: Schallplatten. 22.30: Presse. Wetter, Sport und Polizeinachrichten. 22.45: Vortrag in deutscher Sprache. 23.00-24.00: Tanzmusik.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsausübung beiliegen. Auf dem Kuvert ist der Begriff "Briefkasten-Sache" anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erstellt.

A. B. 1. 1. Die Wohnung steht nach wie vor unter dem Mieterlöhngesetz. Ob Sie die Renovierungskosten zu tragen haben, hängt von der Vereinbarung ab, die Sie beim Mieten mit dem Vermieter getroffen haben. War die Renovierung bereits erfolgt, als Sie sie mieteten, und hat der Vermieter Ihnen nur den Preis der Wohnung angegeben, ohne die Renovierungskosten zu erwähnen, dann können Sie die Zahlung dieser Kosten ablehnen. 2. Was die elektrische Lichtanlage anlangt, so darf dem Vermieter dafür eine Entschädigung zuzulassen sein entweder in Form einer einmaligen Zahlung oder in Form einer billigen Mietserhöhung. Formell ist er allerdings auch hier etwas zu verlangen nicht berechtigt, wenn er Ihnen beim Mieten der Wohnung in ihrer jetzigen Ausstattung nur den Wohnungspreis genannt hat, ohne von der Lichtanlage etwas zu erwähnen.

Franz. Wenden Sie sich an die Versicherungsanstalt mit dem Erfuchen, Ihre Verdienstgruppe und die Versicherungsbeiträge zu berechnen und Ihnen jede weitere Auskunft zu erteilen. Die Versicherungsanstalt ist dazu verpflichtet. Das ist der einzige mögliche Weg. Zum übrigen ist Ihnen der Arbeitgeber für jede Ihnen oder Ihrer Familie verursachten Schaden haftbar.

"Frage R. R." Wenn Sie möglichst bald Geld von der Versicherungsgesellschaft haben wollen, ist es zweckmäßiger, die Vermittlung durch die Polnische Regierung nachzuweisen. Die Zahlung erfolgt voll nach dem Verteilungsplan der Gesellschaft und nicht etwa auf die Basis von 1 Zloty = 1 Mark. Die Polnische Regierung ist bei der ganzen Frage nur Vermittlerin zwischen Ihnen und der Gesellschaft, sie zahlt also nicht aus eigener Kasse, sondern das, was Sie von der Gesellschaft erhält. Allerdings müssen Sie sich zunächst aufzuladen und haben eine unständliche Arbeit mit der komplizierten Anmeldung. Wenn Sie aber auf eine baldige Zahlung nicht allzugehobenes Gewicht legen, so können Sie warten; Ihr Anspruch wird Ihnen verfüllt, aber vor dem 1. 1. 33 können Sie Zahlung nicht fordern, da die Versicherungsgesellschaft bis dahin Zahlungsaufschub haben.